



ÖKUMENISCHE VERSAMMLUNG

FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN

UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

DRESDEN - MAGDEBURG - DRESDEN

Teil 2

— Nur für den innerkirchlichen Gebrauch —

<u>Inhalt</u>	<u>Erster Teil</u>	Seite
Wort des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR		4 - 6
Zur Einführung		7 - 8
Die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung		9 - 10
- Wort der Ökumenischen Versammlung an die Gemeinden		11
- Brief an die Kinder		
- Die zwölf Ergebnistexte der ökumenischen Versammlung		
1 - Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung / Theologische Grundlegung		12 - 28
2.1 - Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit		29 - 35
2.2 - Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern		36 - 39
3 - Mehr Gerechtigkeit in der DDR - unsere Aufgabe, unsere Erwartung		40 - 47
4 - Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung		48 - 55
	<u>Zweiter Teil</u>	
5 - Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung		56 - 61
6 - Aspekte der Friedenserziehung		62 - 67
7 - Kirche des Friedens werden		68 - 72
8 - Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung		73 - 78
9 - Den Menschen dienen - das Leben bewahren		79 - 82
10 - Ökologie und Ökonomie		83 - 88
11 - Energie für die Zukunft		89 - 92
12 - Der Wert von Information für Umweltbewußtsein und -engagement		93 - 97
- Beschluß zur Weiterarbeit		98
Die Teilnehmer der Ökumenischen Versammlung		99
Materialangebot zu einzelnen Themen		100
Chronik der Ökumenischen Versammlung		101 - 103

## 5 - Orientierung und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung

### 1. Biblisches Zeugnis

- (1) Jesus hat Gottes Reich als ein Reich der Gerechtigkeit, des Friedens und der Liebe für alle Menschen angekündigt und damit Hoffnung für eine neue Menschengemeinschaft begründet. Er hat Gottes Reich in seinem Verhalten verwirklicht und wurde so zum Maßstab für das Verhalten seiner Jünger zu ihren Mitmenschen. Er verkündet: "Liebt einander! Wie ich euch geliebt habe, so sollt auch ihr einander lieben" (Joh 13,34). Er deckt in der Bergpredigt den tieferen Sinn des Gebotes "Du sollst nicht töten" (Ex 20,13) auf, wenn er bereits alles Zürnen, allen Haß, alle Verachtung gegenüber dem Bruder verwirft (Mt 5,21-22). Er lehrt und lebt die Liebe auch jenen gegenüber, die wir als Feinde erfahren (vgl. Mt 5,44; Lk 23,34). Er preist "Sanftmütige" selig (vgl. Mt 5,5), also jene, die auf den Gebrauch der Gewalt verzichten. Söhne Gottes nennt er jene, die Frieden stiften (vgl. Mt 5,9). Die Heilige Schrift zeichnet den Menschen aber auch als dem Bösen verfallen und als Sünder (1 Kön 8,46; Röm 7,21-25). Durch die Erlösungstaß Jesu Christi, der unser Friede ist (Eph 2,14), sind wir den Mächten der Sünde und des Todes nicht mehr hoffnungslos ausgeliefert, sondern vermögen in der Kraft des Glaubens Schritte zum verheißenen Frieden zu gehen (Jes 53,5; Eph 2,16-17) &vgl. 1 - Grundlegung 2.2.).

### 2. Zur Situation

- (2) Wir wissen um unsere Verantwortung, die sich aus der historischen Schuld unseres Volkes und aus seiner Verflochtenheit in die Geschichte ergibt. Von deutschem Boden gingen zweimal Weltkriege aus. Dabei haben Deutsche in Ausübung ihrer Wehrpflicht auf Befehl getötet und anderen Völkern unermeßliches Leid zugefügt. Das 1945 entmilitarisierte Land wurde in beiden deutschen Staaten wieder bewaffnet bis zu einer gewissen Militarisierung, obwohl dem deutschen Volke aus seiner Vergangenheit heraus eine besondere Friedenspflicht hätte erwachsen müssen. Auf deutschem Boden stehen sich hochgerüstete Armeen gegenüber, die über Offensivwaffen verfügen. Zwar haben beide deutsche Staaten keinen unmittelbaren Zugriff zu atomaren Waffen, sind jedoch in Bündnissysteme eingliedert, die auf ihren Territorien atomare Waffen stationieren. Die Androhung gegenseitiger Vernichtung durch Massenvernichtungswaffen bestimmt gegenwärtig noch die militärische Wirklichkeit. Jederzeit kann durch technische Defekte oder menschliches Versagen ein Krieg ausgelöst werden. Das Maß an Rüstung übersteigt bei weitem das für Sicherheit der beiden Bündnissysteme Notwendige. Auf der anderen Seite befinden wir uns in einer Situation des beginnenden Übergangs von der Abschreckung zu einer politischen Friedenssicherung mit nichtmilitärischen Mitteln. Es gibt Ansätze neuer Militärdoktrinen, die sich auf strukturelle Angriffsunfähigkeit und defensive Verteidigungsstrategien stützen. Der entscheidende Durchbruch steht in der Abrüstungsfrage aber noch aus. Jedes Festhalten an der Abschreckungsdoktrin und jede Form der "Modernisierung" von Waffen behindert diesen Durchbruch. In beiden Bündnissystemen gehen die Rüstungskosten zu Lasten der Zwei-Drittel-Welt und der Menschen im eigenen Land (vgl. 4 - Friedenssicherung).

- (3) Diese Situation ist lebensgefährlich und tötet schon heute. Friedenssicherung mit ausschließlich politischen Mitteln ist nur im Rahmen gemeinsamer Sicherheit vorstellbar. In dieser widersprüchlichen Situation haben Wehrpflichtige sich zu entscheiden. Die gegenwärtige weltpolitische Entwicklung von der Konfrontation zur Entspannung verringert die Bereitschaft für einen militärischen Dienst. Das Leben in der Armee in ihrer derzeitigen Gestalt ist für junge Menschen oft mit belastenden Erfahrungen verbunden, die sie menschlich nicht oder nur schwer aufarbeiten können. Diese Belastungen betreffen auch Eltern, Angehörige, Partner und Kinder von Wehrdienstleistenden. In dieser Situation leisten Wehrpflichtige bewaffneten Wehrdienst, andere leisten einen waffenlosen Dienst in den Baueinheiten innerhalb der Armee, eine dritte Gruppe verweigert jeglichen Wehrdienst.

Alle Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften halten heute Krieg für kein geeignetes und zulässiges Mittel der Konfliktlösung. Sie anerkennen, daß waffenloser Dienst in den Baueinheiten und Wehrdienstverweigerung Zeugnisse für eine Welt ohne militärische Gewaltanwendung sind. Eine Mehrheit von ihnen geht aber bislang davon aus, daß der Wehrdienst mit der Waffe mit dem Ziel der Kriegsverhütung noch eine vertretbare Möglichkeit des Handelns für Christen ist (vgl. 1 - Grundlegung 2.2.2.).

### 3. Orientierungen

- (4) Das biblische Zeugnis (1.) und die verschiedenen Faktoren unserer heutigen Situation (2.) erfordern ein neues Nachdenken über die Fragen des Wehrdienstes. Die folgende Orientierung soll die Urteilskraft des Wehrpflichtigen stärken und sein Gewissen für die ethischen Probleme des Waffen- und Wehrdienstes sensibel machen. Das Evangelium zeigt uns den Weg Jesu als Weg der Liebe, für den die Gewaltfreiheit ein entscheidendes Kennzeichen ist. Sein Weg führt ihn gerade auch deshalb ans Kreuz, weil er gegenüber seinen Gegnern darauf verzichtet, seine Botschaft mit einem göttlichen Machterweis durchzusetzen. Wer im Vertrauen auf diesen Weg in unserer Welt auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet, bezeugt damit den unter uns schon gegenwärtigen Frieden Gottes in der Welt, in der das Unrecht noch nicht überwunden ist. Er handelt im Vorgriff auf das verheißene Friedensreich Gottes. Diesen Weg erkennt die Kirche als eine Gestalt der Nachfolge Jesu, die in ihrer Deutlichkeit von keiner anderen Entscheidung übertroffen wird. Zugleich sieht sie die aus dem Liebesangebot sich ergebende Verpflichtung, um anderer willen gegen auftretendes Unrecht Widerstand zu leisten.

Aus der Analyse der gegenwärtigen Situation läßt sich keine ähnliche eindeutige Orientierung gewinnen. Sie macht aber die politische Vernünftigkeit des Gewaltverzichts sichtbar. Wir erkennen, daß das Abschreckungssystem mit politischen Mitteln überwunden werden muß. Mit der Verweigerung des Waffen- und Wehrdienstes wollen Christen zeichenhaft diesem Ziel dienen und den Vorrang der Friedenssicherung mit nichtmilitärischen Mitteln unterstreichen. Erste Ansätze zur Überwindung der Abschreckung erkennen wir in strikt defensiv orientierten Verteidigungsstrukturen und -strategien im Rahmen eines Konzepts gemeinsamer Sicherheit. Es gibt unter uns Christen, die mit der Möglichkeit solcher Strukturen auch eine neue ethische Beurteilung des Waffendienstes verbinden. Andere bezweifeln grundsätzlich, daß Waffen und Rüstung eindeutig

defensiven Charakter haben können. Sie wollen ihre Entscheidung in der Wehrdienstfrage nicht von dieser Voraussetzung abhängig machen. Defensiv Strukturen erübrigen für sie nicht das Zeugnis der Gewaltfreiheit.

#### 4. Mögliche Entscheidungen und notwendige Hilfen

##### 4.1. Vorbereitung der Entscheidung

- (5) Die Vorbereitung auf eine Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes beginnt bereits im Kindes- und Jugendalter.

##### 4.1.1. Die unmittelbare Vorbereitung

Im sozialistischen Erziehungs-, Bildungs- und Berufsbildungssystem wird starker Wert auf eine frühzeitige Motivation für den Wehrdienst gelegt. Dies beginnt bereits im Kindergarten. Die intensive Vorbereitung der Jugendlichen erfolgt aufbauend auf den Wehrunterricht mit dem Wehrlager und der vormilitärischen Ausbildung für Oberschüler und Lehrlinge. Für den einzelnen besteht dadurch die Gefahr, festgelegt zu werden, bevor er selbst fähig ist, eine Entscheidung zu fällen. Wir erkennen die Aufgaben:

- (6) - Christliche Eltern sollen ihre Kinder zur Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben erziehen, zum Verzicht auf Anwendung von Gewalt anleiten und Zivilcourage einüben. Sie sollen sich selbst mit den Fragen des Wehrdienstes auseinandersetzen, um ihren Kindern bei deren Gewissensentscheidung helfen zu können (vgl. 6 - Friedenserziehung).
- (7) - Die christlichen Gemeinden sollen im Rahmen ihrer Unterweisung durch geeignete Information die Bewußtseinsbildung der Kinder und Jugendlichen sowie der Eltern in der Friedensfrage fördern.
- (8) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, diesbezügliche Beratungsmöglichkeiten zu intensivieren und für eine ökumenische Koordination Sorge zu tragen.
- (9) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, daß Wehrunterricht und vormilitärische Ausbildung abgeschafft werden. Als erster Schritt ist die Anerkennung der Gewissensentscheidung von Schülern, Lehrlingen und Studenten, eine Ausbildung an Waffen abzulehnen, anzusehen.
- (10) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich gleichzeitig dafür einzusetzen, daß im Bildungswesen und Berufsleben militärische Zielsetzungen, Inhalte und Strukturen abgebaut werden. Die internationalen Bemühungen um Entspannung und Frieden sollten auch auf diese Weise gefördert werden.

##### 4.1.2. Die unmittelbare Vorbereitung

- (11) Die Entscheidung des jungen Wehrpflichtigen ist von großer Tragweite. Sie betrifft nicht nur die Zeit des Wehrdienstes, sondern sein ganzes weiteres Leben. Durch den Fahneid oder das Gelöbnis bleiben die Wehrpflichtigen zur Leistung militärischer Dienste im Frieden und auch im militärischen Konflikt bis hin zum Kriegsfall verpflichtet. Auch Frauen sind bereits im Fall der Mobilmachung von der Wehrpflicht betroffen. Es ist notwendig, der Einbindung von Frauen in militärische Strukturen entgegenzuwirken.

Es genügt nicht, Wehrdienst deshalb zu leisten, weil alle es tun, es verlangt wird oder gesellschaftlicher Druck ausgeübt wird; es genügt aber auch nicht, Wehrdienst zu verweigern, weil andere es anraten oder es selbst tun. Jeder Wehrpflichtige steht vor einer weitreichenden Gewissensentscheidung, ob und in welcher Weise er Wehrdienst leisten kann oder nicht.  
Wir erkennen die Aufgaben:

- (12) - Wehrpflichtige sollen sich sachkundig machen und eine am Evangelium orientierte Gewissensentscheidung fällen.
- (13) - Familienangehörige, Partner und Freunde sollen dem Wehrpflichtigen den Freiraum für eine eigene Entscheidung gewähren, diese Entscheidung respektieren und bereit sein, die sich daraus ergebenden Folgen mitzutragen.
- (14) - Die Gemeinden sollen durch rechtzeitige Beratung beim Finden einer Entscheidung helfen und deren Konsequenzen und Tragweite bewußt machen.
- (15) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß für den Wehrpflichtigen in der Phase der Entscheidungsfindung ausreichende Begleitung und Beratung gegeben wird. Beratungsstellen für Wehrpflichtige sollen eingerichtet bzw. die Arbeit der vorhandenen intensiviert werden; eine ökumenische Koordination soll erfolgen. Für diese Aufgaben sollen aktuelle Hilfen umgehend erarbeitet werden.

#### 4.2. Mögliche Entscheidungen

- (16) Wir bieten folgende Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung angesichts der derzeit möglichen Wege an:

##### 4.2.1. Wehrdienstverweigerung

Wehrpflichtige, die in der heutigen Situation Wehrdienst verweigern und ihre Entscheidung vom Evangelium her begründen, geben ein Zeugnis der Gewaltfreiheit. Sie handeln im Vorgriff auf eine zukünftige Weltfriedensordnung und leisten damit einen prophetischen Dienst. Viele sind durchaus bereit, nichtmilitärischen Dienst für das Gemeinwohl zu leisten. Trotzdem sind sie durch ihre Entscheidung zur Zeit noch Benachteiligungen ausgesetzt und stehen außerhalb des geltenden Rechts. Sie müssen deshalb bereit und in der Lage sein, die strafrechtlichen Folgen auf sich zu nehmen.  
Wir erkennen die Aufgaben:

- (17) - Die Gemeinden sollen Wehrdienstverweigerern und ihren Familien in den Belastungen, die sich ergeben können, beistehen.
- (18) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich verstärkt für die Verankerung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung aus Glaubens- und Gewissensgründen in der Rechtsordnung der DDR einzusetzen.
- (19) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, weiterhin dafür einzutreten, daß eine rechtliche Gleichstellung derer erfolgt, die den Fahneneid oder das Gelöbnis geleistet haben und sich später aus Glaubens- und Gewissensgründen zur Erfüllung nicht mehr in der Lage sehen.
- (20) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, daß die noch bestehenden Benachteiligungen für Wehrdienstverweigerer in Ausbildung, Schule und Beruf beseitigt werden.

- (21) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, solange der Staat an einer allgemeinen Wehrpflicht festhält, sich für die Einrichtung alternativer ziviler Dienste einzusetzen, vorrangig im sozialen und ökologischen Bereich. Falls erforderlich, sollten die Kirchenleitungen auch Einsatzmöglichkeit im diakonisch-caritativen Bereich anbieten.
- (22) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich in den internationalen ökumenischen Gremien für die allgemeine Anerkennung und Verwirklichung des Menschenrechts auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen einzusetzen.

#### 4.2.2. Wehrdienst ohne Waffe als Bausoldat

- (23) Wehrpflichtige, die den Wehrdienst ohne Waffe leisten und ihre Entscheidung aus dem Evangelium begründen, geben damit ein Zeichen für den Verzicht auf militärische Gewaltanwendung. Der Dienst als Bausoldat stellt den schwierigen Versuch dar, dieses Zeugnis unter militärischen Bedingungen zu geben. Wer Wehrdienst ohne Waffe leistet, muß wissen, daß er durch ein Gelöbnis rechtsverbindlich militärischen Gehorsam verspricht. Vor seinem Gewissen bleibt er trotzdem für sein Handeln unter Befehl verantwortlich.

Wir erkennen die Aufgaben:

- (24) - Bausoldaten sollen auch durch ihr mitmenschliches Verhalten in den militärischen Strukturen ein bewußtes Friedenszeugnis geben
- (25) - Die Gemeinden sollen die Bausoldaten am Standort und im Heimatort seelsorgerlich begleiten, um mögliche Konflikte aufzuarbeiten und das Gewissen am Evangelium zu orientieren.
- (26) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, weiterhin dafür einzutreten, daß Bausoldaten ausschließlich an zivilen Objekten eingesetzt werden.
- (28) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich dafür einzusetzen, daß noch bestehende Benachteiligungen für Wehrdienstleistende ohne Waffe in Ausbildung, Schule oder Beruf beseitigt werden.

#### 4.2.3. Wehrdienst mit Waffe

- (28) Wehrpflichtige, die Wehrdienst mit Waffe leisten und sich in ihrem Gewissen an das Evangelium gebunden fühlen, haben ausschließlich die Aufgabe, Krieg zu verhindern und Frieden zu sichern; denn Waffendienst ist heute nur noch vom Ziel der Kriegsverhütung her zu rechtfertigen. Waffendienstleistende sollen sich für Verringerung und Verhinderung von Gewalt und den Aufbau einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit einsetzen (vgl. 1 - Grundlegung 2.2.2. und 4 - Friedenssicherung).
- (29) Wer Wehrdienst mit Waffe leistet, muß wissen, daß er sich durch den Fahneneid zu militärischem Gehorsam verpflichtet. Dieser Eid behält seine Verbindlichkeit auch über den Grundwehrdienst hinaus. Befehlen, die im Widerspruch zum Völkerrecht und seinen allgemeinen Prinzipien stehen, darf der Soldat nicht Folge leisten. Vor seinem Gewissen bleibt er auch unter Befehl für sein Handeln verantwortlich.

Wir erkennen die Aufgaben:

- (30) - Jeder, der Wehrdienst mit der Waffe leistet, soll sich über

Verpflichtung und Grenzen militärischen Gehorsams kundig machen. Er soll sich um den Abbau von Feindbildern und Haß sowie um Überwindung jeder Form von Grausamkeit bemühen.

- (31) - Die Gemeinden sollen die Soldaten am Standort und im Heimatort seelsorglich begleiten, um mögliche Konflikte aufzuarbeiten und das Gewissen am Evangelium zu orientieren.
- (32) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich darum zu bemühen, die erforderlichen Freiräume für Gewissensentscheidungen der Soldaten zu sichern. Dies kann zugleich durch Initiativen in der weltweiten Ökumene geschehen.
  - Dazu gehören:
    - die Aufhebung der Rechtsentschuldigung des Befehlsnotstandes,
    - die Abschaffung - soweit noch vorhanden - des Standrechtes und der Todesstrafe im Militärstrafrecht, die Einrichtung einer internationalen Anrufungsinstanz für Verweigerer von Befehlen, die im Widerspruch zum Völkerrecht und seinen allgemeinen Prinzipien stehen.
- (33) - Die Kirchenleitungen werden gebeten, sich darum zu bemühen, die seelsorgerliche Betreuung schwerkranker oder schwerverwundeter Soldaten in militärischen Objekten sicherzustellen.

#### 5. Gegenseitige Achtung der Gewissensentscheidungen

- (34) Orientierungen und Hilfen für Wehrpflichtige sollen zur Entscheidungsfindung beitragen, aber nicht die zu treffende Entscheidung abnehmen. Es muß uns bewußt bleiben, daß das Gewissen des einzelnen in der Frage des Wehrdienstes unterschiedlich urteilen kann. Die Kirchen und jeder einzelne Christ werden die gefällte Entscheidung achten und sich für diejenigen einsetzen, die wegen ihrer Entscheidung leiden oder benachteiligt werden.

## 6 - Aspekte der Friedenserziehung

### 1. Realitäten

- (1) Wir leben in einer friedlosen Welt. Wir leben in einer geteilten Welt. Feindschaften und Konfrontation gehören zur Realität. Die Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln bedroht das Überleben der Menschheit.

Nur wenige fühlen sich persönlich getroffen. Kriege und blutige Gewalt in der Welt erscheinen uns fern und lassen uns weithin passiv. Aber: Abwesenheit von Krieg in Europa ist noch kein Frieden. Trotz hoffnungsvoller Verhandlungsergebnisse herrschen Friedlosigkeit und Feindseligkeit. Ungerechte Strukturen und die Unfähigkeit, mit gegensätzlichen Interessen umzugehen, können zu Feindschaft führen. Vorurteile und Feindbilder nähren und verfestigen Feindseligkeit und behindern so die notwendige Austragung von Konflikten und Überwindung von Feindschaften. Auch wir sind in diesen Prozeß verstrickt, indem wir Vorurteile und Feindbilder übernehmen, verstärken und produzieren, z. B. gegenüber Nachbarvölkern, anderen Rassen, sozialen Gruppen und Andersdenkenden. Hier muß Friedenserziehung ansetzen.

### 2. Einsichten

2.1. Vorurteile werden im Erziehungsprozeß als Einstellungen gelernt. Sie können zunächst notwendige Orientierungshilfen in der Vielfalt unserer Wirklichkeit sein und existieren bereits vor persönlichen Erfahrungen und beeinflussen diese. Feindbilder knüpfen latente negative Vorurteile an. Sie sind individuelle und kollektive Irrtümer, besetzt mit starken negativen Gefühlen. Mit der Wirklichkeit stimmen Vorurteile und Feindbilder nicht oder nur teilweise überein. Durch die Realität oder durch logische Argumente lassen sie sich nur schwer korrigieren. Feindbilder dehumanisieren den Gegner und machen so auch seine Vernichtung ohne schlechtes Gewissen möglich.

#### 2.2. Feindbilder entstehen und halten sich unter bestimmten Voraussetzungen

- (3) - bei Menschen, die mit sich selbst nicht in Frieden leben. Besonders dem Menschen, der wenig Annahme erfahren hat, und dem autoritätsabhängigen Menschen fällt es schwer, sich mit seinen Eigenschaften, Bedürfnissen und Wünschen zu erkennen und anzunehmen. Erziehungsziele in Familie, Kindergarten, Schule und Kirche, die diesen Prozeß nicht zulassen, erschweren Selbsterkenntnis und Selbstannahme. So erzogene Menschen sind gezwungen, all das, was sie bei sich nicht erkennen oder ablehnen (Angst, Aggression...), bei anderen zu verurteilen. Dabei sind ihnen die vermittelten Feindbilder und Vorurteile eine Hilfe und ersparen eine möglicherweise schmerz- und angstbeladene Analyse der eigenen Situation.
- (4) - bei Menschen, die nicht friedlich-partnerschaftlich handeln können. Menschen, die an sich selbst nur erfahren, daß Probleme und Konflikte durch Sieg oder Niederlage gelöst werden, sind weder motiviert noch in der Lage, Konflikte zu analysieren, auszuhalten und auszutragen. Sie sind im Vermitteln zwischen Gegensätzen nicht geübt.

- (5) - in den von Menschen geschaffenen Strukturen der Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Entmündigung, die ohne Vorurteile und Feindbilder nicht bestehen können.
- (6) 2.3. Vorurteile und Feindbilder dienen in erster Linie der Schuldzuweisung und eigenen Rechtfertigung. Sie machen blind für die gemeinsame Bedrohung, für gemeinsame Interessen, gemeinsame Verantwortung und verhindern gemeinsames Handeln. Sie liefern den Vorwand für Gewalt und Aggressivität und für das Beharren in Unwissenheit, Gleichgültigkeit und Haß.

### 3. Angebot

- (7) Mit vielen Menschen anderer Denkweisen und Traditionen verbindet uns die Sehnsucht nach Frieden. Wir möchten mit ihnen gemeinsame Schritte tun. Was bringt uns auf den Weg der Hoffnung? Wir glauben an Gott, der uns durch Jesus Christus den Weg zu Frieden und Versöhnung gezeigt hat. "Er selbst ist unser Frieden. Er vereinigte Juden und Heiden und riß durch sein Sterben die trennende Wand der Feindschaft nieder" (Eph 2,14). Christus ist Gottes Schalom für eine zerrissene Menschheit. In der Nachfolge Christi ist uns aufgetragen, Feindschaften zu überwinden und Feinde zu versöhnen. Wir müssen uns gegenseitig helfen, friedensfähig zu werden. Dazu ist Friedenserziehung in allen Bereichen unseres Zusammenlebens nötig.
- Jesus hat uns in der Bergpredigt die Feindesliebe gelehrt und sie vorgelebt. Er machte deutlich, daß Liebe mehr ausrichten kann als Haß. Feindesliebe sieht in Feindschaft etwas Vorläufiges. Sie versucht, sich in das Denken und Fühlen des Gegners hineinzuversetzen ("Lerne in den Mokassins des anderen zu gehen" - indianisches Sprichwort). Sie tut den ersten Schritt. Sie ermöglicht so Entfeindung der Feinde.

### 4. Erwartungen

#### 4.1. Erwartungen an uns selbst, die Familie und alle Erziehungs-träger

- (8) Für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen sind nicht zuerst Institutionen verantwortlich, sondern die Eltern. Eine Delegation dieser Aufgabe an andere kann bedeuten, die Chance einer Friedenserziehung leichtfertig zu vergeben.

Wir erwarten:

- (9) 4.1.1. daß die zentrale Aufgabe der Friedenserziehung die Erziehung zu Konfliktfähigkeit und Mündigkeit wird, sowohl im zwischenmenschlichen Bereich wie im Verhältnis zu anderen Völkern und weltanschaulichen Positionen.
- Dazu gehört es
- Selbstwertgefühl zu wecken und zu stärken,
  - Konflikte nicht zu leugnen,
  - Konfliktbeteiligte zu erkennen,
  - unterschiedliche Bedürfnisse und Gefühle ernst zu nehmen,
  - auf Konfliktlösung durch Sieg und Niederlage zu verzichten,
  - zu Engagement, Solidarität und gewaltfreier Verweigerung zu befähigen,
  - sich der gemeinsamen Verantwortung für die Schöpfung bewußt zu werden,

Das bedeutet,

- Erziehungspraktiken kritisch zu prüfen,
  - die Modellwirkung des eigenen Verhaltens (besonders gegenüber Kindern) zu erkennen,
  - zu lernen, mit Aggressionen umzugehen,
  - zu lernen, mit friedlichen Mitteln zu streiten,
  - auf drohende und herabsetzende Gebärden zu verzichten,
  - globales Denken zu wecken und zu fördern.
- (10) 4.1.2. daß wir unsere Sprachgewohnheiten korrigieren hinsichtlich
- offen oder versteckt militanter Ausdrücke,
  - herabsetzender Worte,
  - der Weitergabe von Vorurteilen und Feindbildern durch Schlag- und Sprichwörter.
- (11) 4.1.3. daß kindliches Spiel kritisch überprüft wird auf Aggressivität, die auf Entwürdigung oder Vernichtung zielt, und Spielzeug auf Verführung zu und Verharmlosung von Gewalt (Kriegsspielzeug, aggressive Computerspiele).
- Das bedeutet,
- den Zusammenhang zwischen kindlichen Spielgewohnheiten und vor-gelebten Modellen wahrzunehmen,
  - neue Erziehungsverantwortung mit alternativen Spielangeboten einzuüben.
- (12) 4.1.4 daß Fernsehgewohnheiten der Kinder und Erwachsenen hinsichtlich Dauer und Inhalt kritisch geprüft und gesehene Programme gemeinsam besprochen werden.
- (13) 4.1.5. daß die Erziehungsverantwortlichen aufmerksam gegenüber offenen und versteckten Vorurteilen und Feindbildern in Literatur und Filmen für Kinder und Jugendliche sind.

Frucht der Friedenserziehung sollte es werden, jeder und jedem einzelnen in Familie und Gruppe die gleiche Chance zur Entfaltung zu eröffnen und sie zur Wahrnehmung ihrer Mitverantwortung auf verschiedenen Ebenen zu befähigen.

#### 4.2. Erwartungen an die Kirchen

- (14) Die Spaltung der Christen und Kirchen ist exemplarisch für den Zustand der Welt. Wir müssen immer neu beginnen, in und zwischen unseren Kirchen Frieden zu leben.
- (15) 4.2.1. Umkehr in unseren Haltungen  
Wir erwarten
- eine neue Einstellung zur Existenz von Konflikten und die Suche nach evangeliumsgemäßen, partnerschaftlichen Konfliktlösungen,
  - mehr Toleranz, damit Andersdenkende, Andersfühlende, Andershandelnde in Kirche und Gemeinde nicht ausgegrenzt, sondern als Anfrage an die eigene Lebensweise erfahren werden, die sachliche Auseinandersetzung gesucht wird und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erprobt werden,
  - die verstärkte Einübung friedensstiftender Verhaltensweisen in der christlichen Unterweisung,
  - Rückenstärkung denjenigen, die sich in Kirche und Gesellschaft aus Verantwortung vorwagen, und Ermutigung den Zaghafte, aus christlicher Verantwortung zu reden und zu handeln,

- die Auseinandersetzung mit schuldbeladener Vergangenheit und Gegenwart in Kirche und Gesellschaft, an der wir selber teilhaben, und ihre Aufarbeitung in Richtung Vergebung, Sühne und Neuanfang,
- die Bereitschaft der Gemeinden, Übungsfelder für Friedenserziehung zu sein,
- eine Atmosphäre und Kultur in Gremien und Räumen, die friedensfördernd wirkt.

(16) 4.2.2. Umkehr in unserer Verkündigung

Wir erwarten eine Verkündigung, die mehr Frohe Botschaft wird, die christliches Sein und christliche Befähigung entdeckt und im Alltag verhilft zu

- Toleranz und Vergebenkönnen,
- Angstminderung und Leidenkönnen,
- ehrlicher Selbst- und Fremdwahrnehmung,
- Diakonie und Solidarität,
- Leben und Glauben in Modellen der Gemeinsamkeit.

4.2.3 Umkehr zu neuen Gemeinsamkeiten

Wir erwarten

- (17) - Einrichtung einer ökumenischen Arbeitsgruppe "Friedenserziehung" auf DDR-Ebene, die Bildungs- und Weiterbildungsmodelle sammelt und anbietet, ein Netz von Mitarbeitern knüpft, Erziehungs- und Konfliktberatung ermittelt,
- (18) - die Entwicklung und Förderung von Initiativen einer grenzüberschreitenden ökumenischen Zusammenarbeit in der Friedenserziehung (z. B. Eintreten für eine internationale Arbeitsgruppe "Feindbildabbau").
- (19) - die Einführung eines Lernfeldes "Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung" in allen kirchlichen Ausbildungsstätten, das sich in Inhalt, Teilnehmern und Leitern bewußt ökumenisch darstellt,
- (20) - mehr ökumenische Zusammenarbeit in der Kinder- und Jugendarbeit, die sich der Friedenserziehung widmet, und mehr ökumenische Erwachsenenarbeit, die hilft, Lebens- und Erziehungsstile zu überdenken und zu korrigieren,
- (21) - Förderung von Dienste-Modellen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (ökumenischer Friedensdienst, vgl. 1 - Grundlegung 2.2.3.), die sozialen Diensten der Kirchen analog organisiert sein können; Friedensbereitschaft wächst in Schritten des Helfens und Lernens,
- (22) - die Zuhilfenahme humanwissenschaftlicher Erfahrungen für Beratung und Gruppenarbeit zur Förderung von Kommunikations- und Konfliktfähigkeit,
- (23) - von den Kirchenleitungen, daß sie sich bei Stellungnahmen zu Erziehungsproblemen in der DDR gegenseitig konsultieren, von Fachleuten beraten lassen und eine ökumenische Stellungnahme anstreben,
- (24) - den kritisch reflektierenden Gebrauch traditionellen Liedgutes, das militante Formulierungen enthält.

Christliche Friedenserziehung ist ihrem Wesen nach ökumenisch. Sie kann nur beginnen mit der Umkehr der Erwachsenen.

4.3. Erwartungen an staatliche und gesellschaftliche Institutionen

- (25) Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und Konfessionen in unserer Gesellschaft sind sich einig über die Notwendigkeit, einen Krieg in Europa unbedingt zu verhüten. Wie das geschehen soll, ist umstritten. Aber der Frieden kann nur gemeinsam bewahrt werden. Die ihn bewahren wollen, sollten aufeinander hören und aufeinander zugehen.  
Kirchenleitungen sollten die folgenden Erwartungen mit gesellschaftlichen und staatlichen Vertretern besprechen.  
Wir erwarten
- (26) 4.3.1. die Anerkennung von Dialog und Toleranz als unverzichtbare Grundsätze des Umgangs Verschiedendenkender miteinander auf allen gesellschaftlichen Ebenen.  
Dazu gehören
- die Bereitschaft zu offenem, auch öffentlichem Meinungsstreit in mündlicher und schriftlicher Form,
  - die Bereitschaft, dem anderen zuzuhören und seine Argumente zu bedenken,
  - die Bereitschaft, die Neigung zu überwinden, Andersdenkende in überkommene Feindbildkategorien einzuordnen,
  - die Bereitschaft, auf administrative Maßnahmen zur einseitigen Beendigung des Dialogs zu verzichten.
- (27) 4.3.2. den Abbau von Vorurteilen und Feindbildern in der Erziehung und Ausbildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen, und die Befähigung zu friedlicher Konfliktlösung.  
Dazu gehört
- umfassende Friedenserziehung im Sinne des Neuen Denkens in den Erziehungseinrichtungen und die Abschaffung des Wehrunterrichts an den Schulen,
  - die Entfernung militärverherrlichender Inhalte und der Tendenzen zur Feindschafts- und Haßerziehung aus Lehrbüchern, Lehr- und Erziehungsplänen sowie aus den Medien,
  - Angebote für Erwachsene zum Erlernen friedlicher Konfliktbewältigung,
  - die Einstellung der Produktion und des Verkaufs von Kriegsspielzeug,
  - die Abschaffung der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung und ihrer Verknüpfung mit dem Zugang zu bestimmten Bildungswegen und Berufen.
- (28) 4.3.3. die stärkere Berücksichtigung der Tatsache, daß zum Abbau von Vorurteilen und Feindbildern ein gegenseitiges Kennenlernen unerläßlich ist. Das schließt ein
- die Ermöglichung ungehinderter Kontakte und freien Reisens,
  - die vermehrte Durchführung von Schüler- und Jugendaustausch sowie Förderung von Partnerschaften über Staats- und Systemgrenzen hinweg,
  - stärkere gesellschaftliche Bemühungen, bei uns lebende Ausländer in ihrer Art anzunehmen und ihnen Integration zu ermöglichen; ihre Anwesenheit als Chance für Friedenserziehung zu sehen.
- (29) 4.3.4. die Unterstützung der Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben durch Freistellungen, Teilzeitbeschäftigung oder Gleitzeitangebote.

Friedenserziehung ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie bedarf des Willens, der Kreativität und des Dialogs.

#### 5. Ausblick

- (30) Aus der gemeinsamen Bedrohung zu gemeinsamem Handeln zu finden, verlangt eine neue, globale Sicht, ein Hinausgehen über Einzel-, Gruppen- und Staatsinteressen, die Absage an vorurteilsgestützte und durch Feindbilder aufrechterhaltene Konfrontation.

Friedenserziehung muß uns befähigen, den bisherigen Gegner in seiner ökonomischen, kulturellen und sozialen Andersartigkeit zu sehen und anzunehmen. Sie umfaßt auch das Vermitteln der Reichtümer und Sehweisen des anderen und die Bereitschaft, sich in Frage stellen zu lassen.

Wir Deutschen haben beispielloses Unheil über Europa gebracht, das seine schrecklichste Steigerung in der Verweigerung des Existenzrechts gegenüber den Juden fand. Vor uns steht deshalb in besonderer Weise die Aufgabe, andere Menschen und Völker nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung anzusehen. Beginnend mit kleinen Schritten wollen wir in der Nachfolge Jesu zu einem umfassenden Prozeß der Ent-Feindung in unserem zerrissenen Europa beitragen.

## 7 - Kirche des Friedens werden

### 1. Kirchen auf dem Weg zur Kirche des Friedens

- (1) 1.1. Kirche des Friedens werden heißt, das zu leben, was die Kirche durch das Gnadenangebot Gottes in Jesus Christus eigentlich schon immer ist: Versöhnungsgeschehen zwischen Gott und Mensch, geschwisterliche Gemeinschaft zwischen Menschen, Friedenszeichen trotz fortbestehender Feindschaften in dieser Welt. Frieden ist nicht zuerst eine ethisch-moralische Verpflichtung der Kirchen, sondern eine ihnen von Christus geschenkte Wirklichkeit, die sie überhaupt erst zur Kirche macht.
- (2) 1.2. Unsere Kirchen erscheinen vielen Menschen nicht als Kirchen des Friedens. Ihr Gespaltensein und ihr Verflochtensein in Ungerechtigkeiten zwischen Reichen und Armen, zwischen Weißen und Farbigen, zwischen den Generationen und Geschlechtern machen sie als Zeichen des Friedens undeutlich und wenig glaubwürdig. Wir selbst erleben unsere Kirchen oft gerade nicht als versöhnte Gemeinschaften, sondern als Orte ängstlicher Abgrenzung und Unbeweglichkeit, aber auch nicht zu hinterfragender Herrschaftsansprüche.

Kirche des Friedens werden heißt deshalb, versöhnungsbereiter, menschenfreundlicher, veränderungsfähiger zu werden, heißt umzukehren in die Nachfolge Christi.

- (3) 1.3. Im Umkehren erfahren wir neu, daß wir trotz noch fortbestehender Trennungen im Versöhnungshandeln Christi tief miteinander verbunden sind. Wir hoffen auf Kirchen, die sich durch Umkehr zum Frieden Christi erneuern und darin auch ihre Trennungen überwinden.

### 2. Was bedeutet es für uns, Kirche des Friedens zu werden?

#### 2.1. Kirche des Friedens werden heißt, die Last der Geschichte anzunehmen und Schuld zu bekennen.

- (4) - Wir können nicht Kirche des Friedens werden, ohne unser Versagen als Schuld vor Gott und den Menschen zu bekennen und um Vergebung zu bitten. So müssen wir eingestehen, daß es unseren Kirchen nicht gelungen ist, die Liebe Christi umfassend zu leben und für alle Menschen erfahrbar zu machen. Wir Christen haben uns in der Geschichte vielfach auf die Seite der Herrschenden gestellt, auch dann, wenn durch die Herrschaft Ungerechtigkeit, Mißachtung, Leid und Tod verbreitet wurden. Die Kirchen haben sich durch die Rechtfertigung ungerechter Verhältnisse als gottgewollte Ordnung mit Schuld beladen und häufig das Vertrauen der unterdrückten Menschen verloren.
- (5) - Das Verhalten der Christen zu den Gliedern des Gottesvolkes des Alten Bundes, den Juden, entsprach weitgehend nicht dem Liebesgebot des Evangeliums. Die Geschichte der europäischen Christenheit kennt schreckliche Beispiele von Judenhaß. In der jüngsten Vergangenheit unseres Volkes gipfelte Gleichgültigkeit, Überheblichkeit und Menschenverachtung in der systematischen Vernichtung von sechs Millionen Juden. Die Wurzeln dieses Verbrechens reichen zurück bis zu den Anfängen unserer theologischen und kirchlichen Traditionen. Wir bekennen uns mitschuldig an dem Unrecht, das den Juden durch unser Volk geschehen ist.

- (6) - Die Unterbewertung der Frau in vielen Epochen der geschichtlichen Entwicklung unserer Kirchen trotz der im Neuen Testament ausgesprochenen Anerkennung der Frau ist eine der Ursachen für viele noch nicht überwundene Diskriminierungen der Frauen. Vorurteile gegenüber Frauen sind auch heute noch im religiösen und kirchlichen Denken zu finden. Die uneingelöste Forderung, das Verhältnis der Geschlechter zueinander partnerschaftlich zu gestalten, verpflichtet unsere Kirchen vom Auftrag Christi her in besonderer Weise.
- (7) - Auch an der Schuld unseres Volkes an zwei Weltkriegen tragen unsere Kirchen mit. Insbesondere wurden wir an den osteuropäischen Völkern Polens und der Sowjetunion schuldig. Umkehr zum Frieden muß deshalb für uns heute die Mitwirkung an der Überwindung der Institution des Krieges einschließen. Im Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung. Deshalb stellen sich die Kirchen auch hinter diejenigen, die aufgrund ihrer Überzeugung den Wehrdienst verweigern.
- 2.2. Kirche des Friedens werden heißt, den Platz der Kirchen in unserem Land zu erkennen und anzunehmen.
- Unsere Kirchen haben heute gute Voraussetzungen für ein eigenständiges Friedenszeugnis. Die Trennung von Kirche und Staat hat dazu beigetragen. Bisher haben wir diese Chance zu wenig genutzt. In den Kirchen herrschte die Sorge vor, das Wort Frieden sei einseitig politisch besetzt. Zur Aufgabe der Kirche, das Evangelium zu verkünden, gehört jedoch der Dienst am Frieden für Nahe und Ferne. Die Einladung zum konziliaren Prozeß ist für uns eine Chance zum ökumenischen Friedenszeugnis.
- (9) - Unsere Kirchen kritisieren oft den Mißbrauch von Macht bei anderen, selbst aber leben sie zu wenig beispielhaften, verantwortlichen Umgang mit der Macht vor. Deshalb sollen kirchenleitende und gemeindeführende Gremien und Personen konstruktive Kritik annehmen, den Dialog suchen und Entscheidungen nur nach Rücksprache mit den Betroffenen fällen. Sie müssen lernen, Frauen innerhalb kirchlicher Strukturen nicht zurückzusetzen, die verschiedenen Aufgaben unter Geistlichen und Laien, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Fähigkeiten und Begabungen entsprechend zu teilen und auch den Gemeinden Rechenschaft über ihr Tun zu geben, wie es dem Evangelium entspricht.
- (10) - Unsere Kirchen können auch mit knapper werdenden Mitteln einladende Kirchen sein. Deshalb ist es nicht nötig, daß wir uns immer wieder abhängig machen von Geld, das nicht aus unseren Gemeinden kommt. Wir müssen lernen, nicht über unsere Verhältnisse zu leben und das Miteinanderteilen einüben.
- (11) - Unsere Kirchen orientieren sich manchmal noch an Leitbildern von Kirche, die der heutigen Realität in der DDR nicht entsprechen. Nur wenn Kirchenleitungen, Pfarrer und Mitarbeiter, Gemeinden und Gruppen den Ort unserer Kirchen in unserem Land nüchtern erkennen und annehmen, können sie dem Auftrag Gottes gerecht werden.

Wie finden wir zu einer realistischen Selbsteinschätzung, die der wirklichen Verfassung unserer Gemeinden entspricht und ihre geistlichen Kräfte freisetzt?

2.3. Kirche des Friedens werden heißt, im weltweiten ökumenischen Horizont zu denken und zu handeln.

- (12) - Als Kirchen an der Nahtstelle der beiden Bündnissysteme in Europa leben wir in einer historisch gewachsenen geistlichen Gemeinschaft mit den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb haben wir eine besondere Chance zum Brückendienst der Versöhnung. Wir suchen neue Wege für Vertrauensbildung, Verständigung und für Kontakte zu Menschen unserer Nachbarländer, besonders auch im Osten.
- (13) - Unsere Kirchen stehen in einem zunehmenden Kontakt mit Kirchen in der Zwei-Drittel-Welt. Das macht uns unsere Aufgabe bewußt, zu jener Gerechtigkeit beizutragen, die eine Bedingung des Friedens ist. Unser Streben nach materiellem Reichtum hindert uns an der notwendigen Umkehr in die Gerechtigkeit. In der Begegnung mit dem geistlichen Reichtum vieler Kirchen der Zwei-Drittel-Welt werden unsere Maßstäbe korrigiert.
- (14) - Unsere Kirchen beginnen die weltweite Ökumene als Lerngemeinschaft für ein wahrhaft ökumenisches Friedenszeugnis zu erleben, das nicht im politisch-ideologischen Ost-West-Schema gefangen bleibt. In der Spannung zwischen unseren staatsbürgerlichen Pflichten und unserer ökumenischen Verantwortung entdecken wir uns neu als Glieder des universellen Friedensbundes Gottes. Weil der Frieden Christi uns verbindet, sind wir gemeinsam einen Weg gewiesen, der das Androhen von Gewalt überwindet und das Führen von Krieg ausschließt.

2.4. Kirche des Friedens werden heißt, ein gemeinsames verbindliches Zeugnis zu geben.

- (15) - Die ökumenische Bewegung hat in unserem Land nach 1945 zu neuen Aufbrüchen in unseren Kirchen und zu vielfältigen Kontakten zwischen christlichen Gemeinden geführt. Wir sind dankbar, daß unsere Kirchen trotz bestehender Trennung begonnen haben, aufeinander zuzugehen. Die Ökumene, die wir bereits leben, ist ein verheißungsvolles Zeichen für die volle Gemeinschaft der Kirchen. Wir haben die Hoffnung und die Bitte, daß der Weg, zu dem wir aufgebrochen sind, zu einem tieferen gegenseitigen Verstehen beiträgt und uns zur Gemeinschaft am Tisch des Herrn führen wird.
- (16) - Unsere Kirchen tun sich schwer, unter ihrem Dach entstandene Zwei-Drittel-Welt-, Friedens-, Umwelt-, Frauen- und andere Gruppen als einen ernstzunehmenden Ausdruck von Zukunftsverantwortung zu begreifen. Was wir heute in unseren Kirchen als "Zeichen der Zeit" (Mt 16,3) erkennen, ist oft von solchen Gruppen zuerst ins Gespräch gebracht worden. Kirchenleitungen, Gemeinden und Gruppen sollen einen offenen, sachbezogenen und kritischen Dialog miteinander suchen, zusammenarbeiten und voneinander Anregungen für das Leben der Gemeinden und die Arbeit der Gruppen aufnehmen.
- (17) - In unseren Kirchen haben immer beide, Frauen und Männer, aktiv, aber selten gleichberechtigt mitgearbeitet. Es ist an der Zeit, den wesentlichen Beitrag der Frauen am Leben der Kirchen durch gleichberechtigte Mitverantwortung und Mitgestaltung von Theologie und geistlichem Leben zu gewährleisten.

Männer und Frauen sollten in unseren Kirchen einen angstfreien Umgang miteinander wagen und partnerschaftliche Zusammenarbeit einüben.

- (18) - In unseren Kirchen finden wir einen großen Reichtum an unterschiedlichen theologischen Überzeugungen und praktischen Haltungen, der Ausdruck der Freiheit unseres Glaubens ist. Unsere geistliche Vielfalt darf aber nicht zum Vorwand werden, Gott die geforderte Umkehr zu verweigern. Sie muß vielmehr in den Dienst unserer Aufgabe treten, mit einem gemeinsamen Zeugnis auf die Herausforderungen der Weltstunde zu antworten.
- (19) - Einige unserer Kirchen haben die Ergebnisse ihrer theologischen Urteilsbildung zu den großen Menschheitsgefährdungen in bekennenden Aussagen zusammengefaßt. Sie machen damit deutlich, daß die Bedrohungen unseren Glauben herausfordern und uns zu Antworten des Glaubens nötigen. Wie können und müssen wir gemeinsam antworten, daß unser Reden eindeutig als christliches Zeugnis erkannt wird?

### 3. Felder der Konkretion

#### 3.1. Kirche des Friedens werden durch Gemeinschaft (Koinonia)

- (20) Die Gemeinschaft mit Jesus Christus befreit uns zur Gemeinschaft untereinander. Unser Herr befähigt uns, über respektierte Grenzen hinweg mit Andersdenkenden Gemeinschaft zu suchen, auch mit Nichtglaubenden. Weil wir leiden an dem Schmerz der Spaltung, der Feindschaft, ängstlicher Abgrenzung und ausgebliebener Versöhnung, wollen wir alles in unseren Kräften Stehende tun, Anteil zu geben und zu nehmen. Selbstzufriedenheit der Gemeinde widerspricht dem Willen ihres Herrn Jesus Christus.

#### 3.2. Kirche des Friedens werden durch Gottesdienst (Liturgia)

- (21) Das Gebet ist Quelle und Mittelpunkt christlichen Friedenshandelns. Deshalb sollten Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im täglichen Gebet der Christen, im Gebet bei den Zusammenkünften der Kreise und Gruppen und im wöchentlichen Gottesdienst der Gemeinden ihren festen Platz haben. Zum Altar gebrachte "Früchte der Erde und der menschlichen Arbeit" besonders beim Erntedankfest machen zeichenhaft deutlich, daß unsere Lebensmittel keine Selbstverständlichkeit sind, sondern Geschenk Gottes, das uns verpflichtet, mit Menschen in Not zu teilen. Der Friedensgruß im Gemeindegottesdienst ist seit der Zeit der Apostel in verschiedener Form in verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften Brauch. Wir empfehlen ihn und andere Zeichenhandlungen, weil sie sinnfällig zum Ausdruck bringen, daß Gott uns in sein Versöhnungshandeln einbeziehen will und daß wir Frieden empfangen, indem wir ihn weitergeben.

#### 3.3. Kirche des Friedens werden durch Zeugnis (Martyria)

- (22) Als Versöhnte sollen wir das Evangelium des Friedens bezeugen (Eph 6,15). Wir brauchen eigenes und fremdes Unrecht nicht zu verschweigen. Wir können Fehler zugeben und bemühen uns um einen Lebensstil, der Versöhnung glaubhaft macht. Das geschieht unter anderem dadurch, daß wir uns für Gewaltfreiheit einsetzen, Benachteiligten zur Seite stehen, Militarismustendenzen auf allen Ebenen entgegentreten und Feindbilder und alle Formen von Rassismus ablehnen.

#### 3.4. Kirche des Friedens werden durch Dienst (Diakonia)

- (23) Christus wird uns nach den Werken der Barmherzigkeit richten

(vgl. Mt 25,35). Schon in biblischer Zeit wurden die leiblichen Werke der Barmherzigkeit ergänzt durch geistliche: Verzweifelten raten, Unwissende lehren, prophetisch reden, Leid ertragen und mittragen, Beleidigten verzeihen, für Freund und Feind beten (vgl. 1 Kor 12,8-10; Mt 5,3). Der von Christus geforderte Dienst erfordert immer mehreres: persönliche Zuwendung, nötigen Sachverstand und materielle Hilfe. Heute, da die Menschheit immer mehr weltweit aufeinander angewiesen ist, wird deutlich, daß unser Dienst auch den fernen Nächsten gelten muß.

#### 4. Praktische Schritte

- (24) Angesichts der deutlichen Zeichen der Zeit spüren wir die Forderungen Gottes nach Umkehr zu einem neuen Denken und Handeln so dringlich, daß jede menschliche Weise zu antworten als unzureichend und hilflos erscheint. Dennoch dürfen wir uns nicht entmutigen lassen und müssen bereit sein, auch zu kleinen Schritten, um große vorzubereiten. Deshalb empfehlen wir folgende Schritte - entsprechend der Situation der jeweiligen Gemeinde -:
- Einüben des Fastens im Rahmen einer ökumenischen Fastenordnung;
  - die gemeinsame Friedensdekade;
  - gemeinsame Umweltaktionen (z. B. den autofreien Sonntag, Baumpflanzaktionen);
  - Teilnahme an dem vom Ökumenischen Rat der Kirchen vorgeschlagenen Jahrzehnt: "Kirche in Solidarität mit den Frauen";
  - gemeinsames, konkretes, informiertes Beten und Handeln (z. B. Taizé- und Assisibewegung und Weltgebetstag, zu dem die Frauen einladen);
  - Partnerschaften mit einzelnen und Gemeinden unserer Nachbarländer, vor allem der östlichen und der Zwei-Drittel-Welt;
  - einen "Weg des Friedens" (vgl. Lk 1,79) als Zeichen unserer Verbundenheit im Frieden Christi: An einem Tag im Jahr werden die Kirchen eines Ortes oder einer Region möglichst zu Fuß besucht zum Gebet für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung (Kirchenpfad).

## 8 - Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung

### 1. Den Ruf zur Umkehr hören

- (1) Als Christen glauben wir, daß Gott den Menschen als sein mündiges Gegenüber geschaffen hat, eingebunden in diese Welt. Als einziges Geschöpf, das fähig ist, Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen, hat Gott ihm seine Schöpfung anvertraut (Ps 8, 6f). Dieses Geschenk der Freiheit mißbraucht der Mensch. Er verletzt die ihm von Gott gesetzten Grenzen.

In unserer heutigen Situation hören wir das erste Gebot neu: "Ich bin Jahwe, dein Gott ... Du sollst neben mir keine anderen Götter haben" (Ex 20, 2f). Wenn wir unser Leben nicht von Gott bestimmen lassen, gewinnen andere Dinge und Strukturen als Götzen Macht über uns. Wir werden zu ihren Sklaven und zerstören damit selbst Leben in dieser Welt. Gott will uns befreien vom Götzendienst zu einem neuen Leben.

- (2) Jesus Christus hat uns ein von Liebe getragenes Leben in der Hoffnung auf das kommende Reich Gottes eröffnet. Mit einer vorwiegend materiellen Lebensorientierung verfehlen wir dieses Leben (Mt 19, 16f). Nur eine neue Einstellung zum materiellen Reichtum macht es uns möglich zu verzichten, wo es um der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung willen notwendig ist.

Wir bedürfen der erneuernden Kraft des Heiligen Geistes, wenn wir Veränderungen wagen wollen (Röm 8, 15f). Der Heilige Geist kann uns beflügeln, aus den Selbstrechtfertigungen, Sachzwängen und Strukturen herauszutreten und in der uns geschenkten Freiheit zu handeln.

### 2. Die Situation erkennen

- (3) Die vielfache und globale Bedrohung der Schöpfung fordert in den hochentwickelten Industrieländern - zu denen auch die DDR gehört - eine Umkehr zu neuen Wertvorstellungen, Bedürfnissen und Lebensweisen.

Die heutige Lebensweise ist weithin durch Wertvorstellungen und Bedürfnisse geprägt, die aus der wissenschaftlich-technischen und ethisch-kulturellen Entwicklung Europas hervorgegangen sind. Diese Entwicklung ist u. a. gekennzeichnet von Macht- und Machbarkeitsdenken, von Wissenschaftsgläubigkeit und von der Ausbeutung vieler Völker. Sie ging aus von der vermeintlichen Unerschöpflichkeit der materiellen und geistigen Ressourcen. Der Prozeß der zunehmenden Industrialisierung und Vergesellschaftung der Produktion ist nicht von einer entsprechenden Entwicklung der Ethik begleitet worden. So sind weder die langfristigen Folgen der Produktion, noch die der zunehmenden Entfremdung der Arbeit ausreichend bedacht worden.

Der Wohlstand und Luxus in Europa wurde auf Kosten sowohl der nahen als auch der entfernten Welt erreicht. Jetzt stoßen wir mit unserem Tun an die Verträglichkeitsgrenzen unserer Umwelt. Ständiges quantitatives Wirtschaftswachstum ist nun gleichbedeutend mit weiterer Zerstörung der Natur, Gefährdung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen, Verarmung vieler Völker (vgl. 2.1. - Solidarität) und Heraufbeschwörung von inneren sozialen und äußeren militärischen Konflikten um die Ressourcen dieser Welt (vgl. 4 - Friedenssicherung).

- (4) Der Regelkreis Produktion - Konsumtion - Bedürfnisse - Produktion (vgl. 10 - Ökologie-Ökonomie) hat vorwiegend egozentrisch orientierte und ständig wachsende materielle Bedürfnisse hervorgebracht. Weithin werden diese an einem einseitigen Bild des Lebensstandards in der Bundesrepublik Deutschland gemessen. Durch die Erhöhung des Lebensstandards wird die Umwelt stark belastet und die Befriedigung ökologisch-materieller Bedürfnisse wie reine Luft und sauberes Wasser erschwert. Beispiele sind die Zersiedlung der Landschaft durch Wochenendhäuser, die angestiegenen Lärm- und Abgasbelastungen, die Schadstofflasten durch Landwirtschaft und Industrie in Wasser, Luft und Boden.

Die Befriedigung materieller Bedürfnisse steht in einem engen Wechselspiel mit der Erfüllung psycho-sozialer Bedürfnisse. Deren unzureichende Erfüllung durch Mangel an Liebe, Anerkennung und Geborgenheit in der Familie, Arbeitskollektiv und Gesellschaft wird oft durch materiellen Konsum "ausgeglichen". Gleichgültigkeit und Einfallslosigkeit, Lüge, Mißtrauen und Angst zerstören zwischenmenschliche Beziehungen. Familienkrisen, Alkoholmißbrauch, Zunahme der Kriminalität, der Rückzug ins Private sind äußere Zeichen für den tiefen Widerspruch zwischen Erwartung und Wirklichkeit der Lebensgestaltung. Zur Überwindung dieses Widerspruchs bedarf es der Einsicht, einen Lebenssinn zu suchen, der über den einzelnen Menschen und das gesellschaftliche System hinausgeht.

### 3. Veränderungen wagen

- (5) Die Zeit drängt. Aber selbst in dieser Situation zeigt sich eine tiefe Kluft zwischen dem, was wir Christen nach unserer Erkenntnis gemeinsam mit allen anderen Menschen verändern müssen, und dem, was wir tatsächlich zu verändern bereit sind.

Wir empfinden die Kluft zwischen dem Streben nach Selbstverwirklichung und der Fähigkeit, mit anderen zusammen Schritte der Veränderung zu gehen.

Wir sehen den Widerspruch zwischen dem Wunsch nach immer mehr materiellen Wohlstand und Sicherheit und der heute notwendigen Einschränkung von lebenszerstörenden Bedürfnissen.

Wir erleben die Kluft zwischen der Sehnsucht nach einem erfüllten Leben und unserem Unvermögen, zu neuen Wegen aufzubrechen.

In diese Widersprüche sind wir mit unserem Leben verflochten.

Wir werden schuldig, wenn wir unser Herz an andere "Götter" hängen und so Ungerechtigkeit und Umweltzerstörung in Kauf nehmen.

- (6) Wir müssen umkehren und bedürfen einer Erneuerung, die aus dem Glauben an Jesus Christus wächst und uns befähigt, zukunfts offene Lebensmöglichkeiten zu entwickeln und materielles Ärmerwerden zu ertragen. Unsere von Gott geschenkte Freiheit kann uns zu Entscheidungen befähigen, unser Leben und Arbeiten vorrangig vom Interesse an Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung leiten zu lassen. So können wir frei werden für die Befriedigung echter Lebensbedürfnisse. Wir wollen uns besinnen auf Lebenswerte wie Kommunikation und Toleranz, Kreativität und Phantasie, Liebe und Barmherzigkeit, Freude am eigenen Leben und der Schöpfung, Offenheit für tiefere Erfahrungen des Glaubens.

Wir suchen Hoffnung, die uns an der Situation und am eigenen Versagen nicht zerbrechen läßt. Schritte der Veränderung können wir nicht allein aus uns selbst, sondern nur aus dem uns dazu be-

freienden Glauben an Gott, den Schöpfer, Erhalter und Vollender der ganzen Schöpfung tun. Unsere Umkehr kann uns befreien vom Erfolgswang hin zu Gelassenheit. Unser Glaube läßt uns Veränderungen wagen in dem Vertrauen, daß Gott unsere Zukunft ist und seine Schöpfung vollenden wird.

#### 4. Orientierung finden

- (7) Um Schritte der Veränderung in unserer Lebensweise gehen zu können brauchen wir Orientierungen. Unser Leben vollzieht sich in einem Netz von Beziehungen. In allem, was wir denken, fühlen und tun, stehen wir in der Verantwortung vor Gott dem Schöpfer. Deshalb sind wir angewiesen auf eine Vertiefung unserer Beziehung zu Gott.

Wenn wir uns lösen wollen aus dem allgemeinen Trend der Anpassung, brauchen wir Gemeinschaften, in denen wir unsere Ängste benennen lernen und es zusammen wagen, aus äußeren Zwängen und materiellen Abhängigkeiten herauszutreten. Wir brauchen Gefährten bei der gemeinsamen Suche nach einem neuen Weg. Deshalb sind wir angewiesen auf bessere und tragfähigere Beziehungen zu unseren Mitmenschen und zu uns selbst.

- (8) Wenn das Verantwortungsbewußtsein für den Umweltschutz und eine neue Lebensweise in der Gesellschaft wachsen soll, brauchen wir mehr Offenheit und Möglichkeiten der Beteiligung an den Entscheidungsprozessen. Deshalb sind wir angewiesen auf die Entwicklung offener Beziehungen in der Gesellschaft (vgl. 3 - Gerechtigkeit in DDR).

Wenn die Sensibilität für die Zusammenhänge zwischen materiellem Wohlstand in den hochentwickelten Ländern des Nordens und der katastrophalen Armut in der Zwei-Drittel-Welt wachsen soll, benötigen wir mehr Aufgeschlossenheit, Kontaktmöglichkeiten und Informationen. Deshalb sind wir angewiesen auf die Entwicklung solidarischer Beziehungen zu den armgemachten Völkern (vgl. 2.1. - Solidarität).

Wenn wir von der Ausbeutung der Natur zur Respektierung ihres Eigenwertes und zum zukunftsorientierten Haushalten kommen wollen, müssen wir sie besser kennenlernen. Nur was wir schätzen gelernt haben, werden wir auch liebevoll bewahren. Deshalb sind wir angewiesen auf lebendigere Beziehungen zu unserer Umwelt.

- (9) Die Erde ist das gemeinsame Haus aller Geschöpfe, das wir erhalten, bewahren und gestalten sollen. Die Qualität des Zusammenlebens entscheidet sich im Wahrnehmen, wie auch im Gelingen und Gestalten der vielfältigen Lebensbeziehungen. Unsere materiellen Ansprüche und Abhängigkeiten werden dann ihren angemessenen Stellenwert bekommen, wenn wir den Reichtum erkennen, der in lebendigen Beziehungen liegt.

Wir halten es für notwendig, unsere Lebensweise zu überprüfen an ihrer Verträglichkeit für die Natur, das Leben anderer Völker, das gesellschaftliche Zusammenleben, das Leben des einzelnen Menschen und der kommenden Generationen.

Das bedeutet: Bedürfnisse, deren Verwirklichung das Zusammenleben der Menschen in Gerechtigkeit und Frieden und die Bewahrung der Schöpfung gefährden, können nicht mehr als berechnete Bedürfnisse anerkannt werden.

## 5. Verantwortlich handeln

- (10) Wir wollen Schritte der Veränderung in ökumenischer Gemeinschaft gehen. Dabei suchen wir Veränderung in folgenden Richtungen:
- spiritueller leben, in der Stille und im Hören auf Gott geistlich Erneuerung gewinnen und die Schöpfung wieder als Gottes Gabe wahrnehmen,
  - einfacher leben und lernen, unseren Wohlstand sinngebend zu reduzieren und unsere Lebensweise auf ihre Verträglichkeit hin zu überprüfen,
  - engagierter handeln und Aufgaben für die Bewahrung der Schöpfung im persönlichen Leben in Kirche und Gesellschaft übernehmen, ganzheitlich leben und die Natur in ihren vielfältigen empfindlichen Lebensbeziehungen achten lernen.

Unsere praktischen Schritte müssen vielfältig und konkret sein, wie das Überleben der Welt vielfältig und konkret bedroht ist. Wichtig ist eine innere Veränderung, der Anfang an einzelnen Stellen, die Impulswirkung nach außen und das gemeinsame Suchen mit anderen. Grundlegende Veränderungen sind notwendig, sowohl auf der Ebene der persönlichen Lebensgestaltung wie auf der Ebene kirchlicher Arbeit und gesellschaftlicher Strukturen. Die nachfolgend genannten Schritte können nur Beispiele sein für die einzuschlagende Richtung. Sie bedürfen weiterer Konkretisierung und Ergänzung.

### 5.1. Schritte im persönlichen Leben

- (11) Aus innerer Erneuerung, verantwortlicher Erziehung in der Familie und gezieltem Einüben werden persönliche Veränderungen erwachsen, z. B.:
- Durch unser Verhalten in Haushalt und Freizeit können wir die natürliche Umwelt schützen helfen. Dazu gehören z. B. der sparsame Einsatz von bzw. Verzicht auf Chemikalien in Haus und Garten, der sinnvolle verantwortliche Umgang mit Energie und Wasser, der sinnvolle Gebrauch von Mode- und Kosmetikartikeln, die Rückführung von Sekundärrohstoffen, die seltene bzw. gemeinschaftliche Nutzung individueller Kraftfahrzeuge.
- (12) - Unser Nahrungs- und Genußmittelkonsum ist unverhältnismäßig hoch. Besonders der steigende Fleischverbrauch wirkt sich stark umweltschädigend in der Landwirtschaft aus. Er führt zu unzumutbaren Verhältnissen in der Tierhaltung und zwingt unser Land zu erheblichen Futtermittelimporten. Deshalb können wir durch reduzierten Fleischkonsum und verantwortlichen Umgang mit Nahrungsmitteln nicht nur zu einer gesunden Lebensweise, sondern auch zum Schutz der Natur (bei gleichzeitigem Verzicht auf Fleischexporte) beitragen. Außerdem ist eine kritische Überprüfung unseres gestiegenen Alkohol- und Nikotinverbrauchs dringend notwendig.
- (13) - Umweltschutz am Arbeitsplatz ist eine wichtige Aufgabe, bei der unsere Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, ebenso gefragt ist wie die kritische Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen. Persönlicher Mut und Konsequenz sind nötig, um eine großzügige Auslegung bzw. völlige Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen zu verhindern und Verantwortliche zur Veränderung umweltgefährdender Praktiken aufzufordern.
- (14) - Innere Freiheit von äußeren Zwängen und materiellen Abhängigkeiten machen frei für die Suche nach Gemeinschaft mit Gleichgesinnten. Austausch von Kenntnissen und Erfahrungen, die Freude

am gemeinsamen Entdecken von schöpferischen Gaben, christlichen Traditionen (z. B. Fasten und Meditation) und geistig-kulturellen Werten ermutigt zu weiteren Schritten der Veränderung (vgl. 7 - Kirche des Friedens 4.1.).

### 5.2. Schritte in Kirchen und Gemeinden

- (15) Von den Kirchenleitungen sollten verbindliche Formen und Vereinbarungen angestrebt werden, damit durchgreifende Veränderungen wirksam werden können, z. B.:
- (16) - Die Kirchen werden gebeten, in den Ausbildungsprogrammen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und in der kirchlichen Unterweisung die Frage nach Lebensweise und Lebenswerten deutlich zu thematisieren. Die Verkündigung wie auch Gemeindeveranstaltungen und -begegnungen sollten häufiger dazu genutzt werden. Die jährliche Friedensdekade sollte in ökumenischer Gemeinschaft begangen und um die Themen Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung erweitert werden.
- (17) - Den kirchlichen Institutionen wird empfohlen, Versuchsfelder für ökologisches Bauen alternative Forst- und Landwirtschaft zu fördern. Kirchliche Heime etc. werden angeregt, ihre Wirtschaftsführung ökologisch verantwortlich zu gestalten. Gruppen, die gemeinsame Schritte einer neuen Lebensweise versuchen wollen, sollten Räume für ihr Engagement erhalten und unterstützt werden.
- (18) - Die kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Institutionen werden um ihrer Glaubwürdigkeit und Vorbildwirkung willen nachdrücklich gebeten, ihren Material- und Energieverbrauch, die Kfz-Benutzung und den Einsatz von Valutamitteln kritisch zu überprüfen. Überhaupt sollten sich die Kirchen nicht mehr leisten, als sie aus eigener Kraft aufbringen können.
- (19) - Kirchlichen Institutionen, Synoden, Gemeinderäten u. a. wird empfohlen, sich regelmäßig mit ökologischen Fragen zu beschäftigen, sich verstärkt in dieser Thematik sachkundig zu machen und sich den neuen Fragen zu stellen.

### 5.3. Schritte in der Gesellschaft

- (20) Von den Kirchenleitungen sollten in Gesprächen mit staatlichen Vertretern weiterhin Veränderungen in der Gesellschaft angesprochen werden, z. B.:
- Wir schlagen eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung über umweltgerechtes Verhalten im Haushalt und am Arbeitsplatz vor. Verstärkt sollten diese Fragen in unserem Bildungswesen Raum gewinnen, z. B. durch die Einführung eines Unterrichtsfaches "Umwelterziehung". Für die Erziehung in der Familie könnte eine Förderung der Teilzeitarbeit dieses Anliegen unterstützen. Veröffentlichte Umweltdaten und ihre offene Diskussion sind für diesen Prozeß unumgänglich (vgl. 12 - Information). Die zuständigen staatlichen Stellen sollten Initiativen fördern, die ökologisch verträglichere Lebensformen ausprobieren wollen.
- (21) - Wir brauchen in unserer Gesellschaft eine öffentliche Diskussion über die negativen Auswirkungen unserer Subventionspolitik auf das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung. Wir meinen,

daß ein sparsamer Umgang mit Energie und Kraftstoffen, Wasser und bestimmten Nahrungsmitteln zu fördern ist durch Angleichung der Preise an die realen Material-, Herstellungs- und ökologischen Folgekosten. Das kann natürlich nur im Rahmen einer ausgleichenden Lohn- und Sozialpolitik geschehen. Zugleich bitten wir nachdrücklich, die Infrastruktur unserer Wohngebiete, besonders das öffentliche Verkehrsnetz sowie die Möglichkeiten für den Fahrradverkehr zu verbessern.

- (22) - Wir schlagen vor, wirkungsvolle Begrenzungsmaßnahmen zu ergreifen für Produkte, die durch die Größenordnung ihrer Herstellung und Verwertung Schaden für Gesundheit und Umwelt hervorrufen. Sie sollten als solche entsprechend gekennzeichnet werden. Produkte, die dauerhafte und unmittelbare Umweltschäden hervorrufen, müssen verboten werden. Wir bitten um Verschärfung der Strafbestimmungen bei Umweltvergehen.
- (23) - Wir treten dafür ein, daß in die gegenwärtige Hauptaufgabe der DDR die ökologischen Grundbedürfnisse ausdrücklich aufgenommen werden. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist zur Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu erweitern (10 - Ökologie/Ökonomie).

## 9 - Den Menschen dienen - das Leben bewahren

### 1. Die Herausforderung zur Verantwortung für menschliches Leben

- (1) Die staunende, verwundert klingende Frage des Psalmisten an Gott: "Was ist der Mensch, daß du an ihn denkst, des Menschen Kind, daß du dich seiner annimmst?" (Ps 8,5) klingt fremd für den Menschen, der sich und sein Leben in die eigene Hand genommen hat. Mit Hilfe der Wissenschaften hat der Mensch in hohem Maße sein Leben gesichert, sich ungeahnte Möglichkeiten und neue Horizonte eröffnet, aber sich auch eine fast schrankenlose Herrschaft über die Natur und über das menschliche Leben selbst anmaßt.

Aus der Geschichte unseres Volkes wissen wir, wie unmenschlich mit menschlichem Leben umgegangen wurde. Wir sind betroffen, daß auch heute weltweit Einstellungen und Handlungsweisen zu bemerken sind, die die Würde und Einmaligkeit menschlichen Lebens in Frage stellen. Wir denken dabei an Hochrüstung mit kalkulierter Massenvernichtung, an genetische Schädigungen als Folgen chemischer Großindustrie und Radioaktivität, an menschenverachtenden Rassismus, an das Sterben Einzelner und ganzer Völker durch Hunger und Ungerechtigkeit, physische und psychische Folter, an genetische und andere biologische Manipulationen.

Viele Menschen sehen diese Probleme als Herausforderung und wollen Verantwortung wahrnehmen. Besorgnisse und Ängste besonders am Beginn menschlichen Lebens im Mutterleib, Probleme körperlich und geistig Behinderter und ihrer Familien, die Not psychisch kranker Menschen und schließlich die Unsicherheiten im Alter, bei Sterben und Tod sind Schwerpunkte notwendiger Entscheidungen.

- (2) Die geforderte Hilfe muß sich gerade in diesen schwierigen Situationen bewähren. Helfen kann nur, wer die Probleme und Belastungen Einzelner und ganzer Gruppen sieht und sich ihnen stellt. Beispielfhaft sei auf folgende Bereiche hingewiesen: Eine Schwangerschaft kann aus verschiedenen Gründen zu einer schweren Belastung werden, zum Beispiel wenn sie ungewollt ist oder wenn Frauen allein gelassen werden und die psychische und soziale Annahme des Kindes nicht gewährleistet ist; wenn eine Behinderung des Kindes erkennbar wird, oder die Partnerschaft oder die berufliche Entwicklung der Eltern entscheidend gefährdet scheint.

Behinderte und ihre Familien erleben oft zusätzliche Belastungen ihrer ohnehin erschwerten Situation, zum Beispiel wenn sie im Alltag demütigende und herablassende Umgangsformen ertragen müssen; wenn sie sich von der Gesellschaft nicht als gleichwertige Bürger anerkannt sehen und um gesetzlich vorgesehene Hilfeleistungen bitten und kämpfen müssen; wenn für mehrfach schwerstgeschädigte Kinder Förderinstitutionen nicht vorhanden sind und nur Pflegeplätze angeboten werden, wenn die Förderung Behinderter mit dem Erreichen des Erwachsenenalters beendet wird, bzw. für sie keine geeigneten Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Psychisch Kranke erfahren oft ausgesprochene und unausgesprochene Vorurteile, zum Beispiel, wenn der Umgang mit ihnen gemieden wird und sie nach Genesung nicht selbstverständlich in ihrem alten Arbeitskollektiv aufgenommen werden; wenn durch ungenügende Unter-

bringung tatsächliche Besserungsaussichten nicht genutzt werden; wenn sie zu wenig Verständnis finden und in Verzweiflung getrieben werden.

Sterbenden wird häufig die Begleitung verweigert und das Sterben selbst ignoriert, zum Beispiel wenn das Leben ohne Tod gedacht wird und deshalb nicht auf das Sterben vorbereitet wird, oder der Gedanke an den Tod durch eine bloße Orientierung auf Leistung und Nutzen verdrängt wird; wenn Sterbende allein gelassen werden und in ihrer Gegenwart über sie und nicht mit ihnen gesprochen wird; wenn die Pflegebereitschaft nicht gefördert wird.

Die unmittelbar Betroffenen fühlen sich in diesen Situationen oft isoliert und bei der Entscheidungsfindung überfordert. Wer berät Männer und Frauen, die mit einem möglichen Schwangerschaftsabbruch konfrontiert werden, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen oder durchführen lassen? Wer berät Familien psychisch kranker und behinderter Mitmenschen? Wer kümmert sich um einsame alte Menschen? Wer steht Sterbenden und ihren Angehörigen bei?

Das sind nicht nur Fragen von Christen; sie werden zunehmend von vielen Nichtchristen in unserer Gesellschaft gestellt. Manche Antworten auf diese Fragen lassen uns unbefriedigt. Vieles wird auch in unserer Gesellschaft verdrängt.

Notwendig ist darum: für die Probleme und Aufgaben sensibler zu werden, die Betroffenen seelsorglich zu begleiten, nach Wegweisung Ausschau zu halten, Konflikte nicht zu scheuen, barmherzig zu sein. Unser Gewissen ist gefordert.

## 2. Verantwortung aus dem Glauben

- (3) Christlicher Glaube kann in diesen Fragen und Herausforderungen Orientierungshilfe sein. Deshalb halten wir für wichtig:

Jedes menschliche Leben, von Gott geschaffen, ist wertvoll, einmalig und unverwechselbar. Das glauben wir.

Gottes Wege mit dem Menschen beschreiben menschliche Freiheit und menschliche Grenzen, begründen seine Würde und fordern "Ehrfurcht vor dem Leben". Auch Christen tragen Schuld, daß dieses Ja Gottes zu jedem Menschen durch unmenschliche Aktivitäten verdunkelt und seine Weisungen und Gebote mißachtet werden. Das bekennen wir (vgl. 1 - Grundlegung 1.3.2.).

Das Menschenleben beginnt mit der Befruchtung der Eizelle. Als von Gott geschaffenes und von ihm geliebtes Wesen hat es Lebensrecht. Von Anfang an ist ihm Betreuung und Schutz zu gewähren. Dafür treten wir ein.

Der Mensch ist von Beginn an auf Gemeinschaft angewiesen, menschlicher Liebe und Fürsorge anvertraut; im Gegenüber zum anderen erlebt er sich als Mitmensch. Jeder Mensch, ungeboren oder geboren, unabhängig von seiner Leistungs- und Anpassungsfähigkeit, Leid oder Glück erlebend, Mann oder Frau, jung oder am Ende seines Lebens, sollte der Annahme durch Christen sicher sein können. Die Vorstellung "alles ist machbar" zaubert die Illusion einer leidfreien Welt. Diese könnte aber - funktionierend und perfektioniert - ohne menschliche Wärme und Barmherzigkeit, Heil-los sein.

Im Glauben sehen wir aber die Würde des Menschen auch dann, wenn er noch nicht geboren, wenn er behindert und psychisch krank, wenn er an die Grenze seines Lebens gekommen ist. Im Glauben bekennen wir, daß durch die Auferstehung Jesu dem Tod die Macht genommen ist und Sterben wesentlich zur Vollendung menschlichen Lebens gehört. Es gibt darüber kein Verfügungsrecht. Diese Würde ist im besonderen Handeln Gottes am Menschen begründet. Die Verkündigung des Reiches Gottes durch Jesus Christus ist für uns Auftrag und Maßstab, den Menschen zu dienen und das Leben zu bewahren.

### 3. Sich dem Willen Gottes stellen - dem Leben dienen

- (4) Mit diesen Aussagen über die Würde des Menschen sollen nicht zuerst Forderungen an andere, an Kirche, Staat oder Gesellschaft erhoben, sondern zu Besinnung jedes einzelnen eingeladen werden: Bin ich bereit, meinen Mitmenschen anzunehmen und zu achten? Kümmere ich mich z. B. um alte Menschen, stelle ich ihnen meine Zeit zur Verfügung? Stehe ich Trauernden und Sterbenden bei? Aus der Kraft des Gewissens, der Selbstbesinnung des Menschen vor Gott, lebt die Bereitschaft, anderen beizustehen. Ein Mensch bedarf für sein Dasein keiner Legitimation durch Leistung oder Besitz. Er ist da und sollte allein deswegen in der Gemeinde anerkannt sein. Wenn uns Christen dies gelänge, könnte auch in unserer Gesellschaft ein Umdenken in vielen Bereichen des menschlichen Lebens Früchte tragen und solidarische Hilfe möglich sein.

#### 3. 1. Solidarische Hilfe für den ungeborenen Menschen

- (5) - Verantwortete Elternschaft bedeutet, nicht nur biologische Leben zu schenken, sondern auch die psychische und soziale Annahme des Kindes, Sexualerziehung und -beratung auf kirchlicher und gesellschaftlicher Ebene sowie die Verbreitung anschaulicher Kenntnisse über die menschliche Embryonalentwicklung sollen diesem Anliegen dienen. Eine altersentsprechende Erziehung zu Partnerschaft und verantwortlicher Sexualität ist eine wesentliche Aufgabe, die von Eltern, der Schule, den Kirchen und der Gesellschaft intensiver und umfassender wahrgenommen werden muß.
- Die Praxis des Schwangerschaftsabbruches in unserer Gesellschaft erfüllt Christen und Nichtchristen zunehmend mit Besorgnis. Deshalb müssen die Bemühungen durch Gemeinden darauf gerichtet sein, Frauen und Familien, die durch eine Schwangerschaft in Nöte geraten sind, Geborgenheit zu vermitteln und möglichst wirksam zu helfen z. B. durch Pflegschaft und Adoptionsbereitschaft.
- Christen sollten durch ihr Leben deutlich machen, daß Schwangerschaftsabbruch kein Mittel der Geburtenregelung ist.
- Das ungeborene Kind darf nicht Objekt technischer Produktionen und biologischer Experimente werden. Die Ziele medizinischer und naturwissenschaftlicher Forschung sind einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Biologische, insbesondere genetische Manipulationen, die auf eine vermeintliche "Verbesserung" des Menschen zielen und somit über eine bloße Therapie hinausgehen, dürfen weder Anliegen noch Ziel naturwissenschaftlicher Forschung und medizinischer Maßnahmen sein.

### 3.2. Solidarische Hilfe für behinderte Menschen

- (6) - Ist der Mensch in seinen körperlichen, geistigen oder seelischen Funktionen so beeinträchtigt, daß seine unmittelbaren Lebensverrichtungen erschwert sind, braucht er besonders die selbstverständliche Zuwendung seiner Mitmenschen. Sein Leben dient der Verwirklichung von Menschsein, wie das eines jeden anderen auch.
- Die eigene Begrenztheit annehmen zu können, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, mit Behinderten zu leben. Es kommt darauf an, Behinderten und ihren Familien in unserer Gesellschaft ein Leben als gleichwertige Mitbürger zu ermöglichen. Das ist ein Dienst an der Würde des Menschen. Die Vorschläge der Betroffenen selbst sind ernst zu nehmen. Dies muß noch stärker in der Öffentlichkeit bewußt gemacht werden.
  - Es muß nach Wegen gesucht werden, daß mühevoll begonnene Fördermaßnahmen mit dem Erreichen des Erwachsenenalters nicht zum Erliegen kommen.
  - In den Gemeinden ist ein Miteinander von Helfenden und Hilfsbedürftigen wünschenswert, ein Klima gegenseitigen Verstehens z. B. durch Patenschaften, Sonntagsdiakonie, Wohngemeinschaften mit Behinderten.

### 3.3. Solidarische Hilfe für psychisch kranke Menschen

- (7) - Ein achtungsvoller Umgang mit psychisch kranken Menschen kann helfen, den Pessimismus zu überwinden, der dem Bemühen um Gesundung entgegensteht.
- Durch verstärkte Information soll auch die emotionale Bereitschaft zu geduldiger, partnerschaftlicher Zuwendung gestärkt werden.
  - Die Gemeinden sollten die Beratungsarbeit und Selbsthilfegruppen für suchtkranke Menschen und ihrer Angehörigen unterstützen.
  - Das Interesse psychisch kranker Menschen am Glauben verdient ein positives Echo in den Gemeinden.

### 3.4. Solidarische Hilfe für alte und sterbende Menschen

- (8) - Seelsorgerliche Begleitung für alte und sterbende Menschen ist besonders nötig und wesentlich. Denn wir Christen erfahren Leiden und Sterben wie alle anderen Menschen auch und hoffen in Grenzsituationen auf Genesung und Verlängerung des Lebens. Aber wir bezeugen auch eine Hoffnung über den Tod hinaus und daß wir in unseren Ängsten von Gott angenommen sind.
- So sollte nach Wegen gesucht werden, wie in Familien und Heimen alte Menschen begleitet werden können, Sterbende und ihre Angehörigen nicht in Isolierung geraten.
  - Die materielle Ausstattung von Pflegeheimen ist Ausdruck von Humanität. Entscheidend ist aber die menschliche Zuwendung, die Familienmitglieder und Betreuungspersonen aufbringen. Es muß das Ziel auch gesellschaftlicher Verantwortung sein, sie dabei zu unterstützen.

Christlicher Glaube ermutigt uns, jeden Menschen zu respektieren, sein Lebensrecht zu schützen und die Würde des Menschen umfassend zu wahren.

## 10 - Ökologie und Ökonomie

- (1) Die Menschheit steht am Ende des 20. Jahrhunderts vor wachsenden sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Problemen. Sie haben zum Teil schon das Ausmaß von Katastrophen angenommen und rufen eine globale Bedrohung hervor; sie sind miteinander verknüpft und weitgehend nicht durch einzelne Staaten allein zu lösen. (1). Hungerkatastrophen, Energiekrise, Rohstoffverknappung, Rüstungsspirale, Umweltkrise, Bevölkerungswachstum und der Nord-Süd-Konflikt sind sichtbare Zeichen dieser Situation.
- (2) Die Natur - Grundlage menschlichen Lebens - ist durch die übermäßige Nutzung vieler natürlicher Ressourcen und starke Belastung der natürlichen Kreisläufe durch Schadstoffe und Abfälle gefährdet. Ursachen dafür sind die steigenden individuellen Bedürfnisse in den Industrieländern, die immer auswegloser werdende Lage vieler Länder der Zwei-Drittel-Welt, die hohen Aufwendungen für Rüstung und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Produktionsweisen und -technologien. Damit wird deutlich, daß ein unlösbarer Zusammenhang zwischen Ökologie und Ökonomie besteht. Die Suche nach neuen Strukturen in der Wirtschaft, die diesen Zusammenhang besser beachten, hat weltweit begonnen, ohne daß bisher durchgreifende Lösungen für die Praxis gefunden wurden.
- (3) Die folgenden Ausführungen versuchen, Ansätze zu zeigen, wie unter den Bedingungen der DDR Veränderungen möglich werden könnten. Die auch bei uns bestehenden Gefährdungen verlangen ein sofortiges Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte. Dieses Handeln kommt auf Dauer nicht ohne eine Ethik aus, welche die Stellung des Menschen in der Natur neu bestimmt.

### 1. Ökonomie und Ökologie in der DDR

#### 1.1. Gesellschaftliche Zielstellung in der DDR

- (4) Die gesellschaftliche Zielstellung der ökonomischen Prozesse in der DDR wird bestimmt durch die Hauptaufgabe, die in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes besteht (2). Die politisch Verantwortlichen bemühen sich, unter Beachtung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, diese Hauptaufgabe zu erfüllen.

#### 1.2. Wirtschaftsbestimmende Faktoren

- (5) Wesentliche Faktoren einer sozialistischen Wirtschaft sind **BEDÜRFNISSE**, zentrale Planung, **PRODUKTION** und **KONSUMTION**. Diese Faktoren beeinflussen sich gegenseitig. So bilden die individuellen und gesellschaftlichen **BEDÜRFNISSE** die Grundlage für die zentrale staatliche Planung der **PRODUKTION**. Die danach erzeugten Güter stehen zur Konsumtion im individuellen und gesellschaftlichen Bereich zur Verfügung. Umgekehrt werden durch die Produktion auch neue Bedürfnisse geweckt. Die Beziehungen zwischen den Faktoren entwickelten sich unter historischen Bedingungen, als ausreichend Luft, Wasser, Boden sowie Rohstoffe vorhanden waren und sowohl Produktion als auch Konsumtion nur lokale Auswirkungen hatten. Sie bestimmen auch heute noch die Wirtschaft.
- (6) Dabei wurde übersehen, daß wirtschaftliche Prozesse Rückwirkungen auf die Ökosphäre haben. Zwischen der Befriedigung der ständig steigenden materiellen Bedürfnisse und der Stabilität der Ökosphäre besteht in unserer begrenzten Welt ein grundlegender

Konflikt, weil die regenerierbaren Ressourcen schneller verbraucht als gebildet werden und mehr Abprodukte entstehen als natürlich oder technisch abgebaut werden können.

### 1.3. Ökologische Situation

- (7) Die Produktion ist weltweit seit 1950 um das siebenfache gestiegen (4). Die dafür entwickelten Technologien und das mengenmäßige Wachstum industrieller und landwirtschaftlicher Güter belasten die Ökosphäre und haben deren natürliche Kreisläufe geschädigt (5). Pflanzen und Tiere wurden zu Objekten degradiert, über die der Mensch beliebig verfügt.
- (8) Die sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Lebensweise der Menschen in der DDR haben Schäden an unserer Umwelt nicht verhindert. Die hohe Belastung der Luft und des Bodens durch Schwefeldioxid, Stickoxide und andere Emissionen aus Großfeuerungs- und Industrieanlagen, Haushalten und Kraftfahrzeugen wird sichtbar im Erkranken der Wälder auf mindestens 1/3 der Waldfläche (6) unseres Landes. Immer schwieriger und teurer gestaltet sich die Versorgung der Menschen mit gesundem Trinkwasser. Die Produktionsverfahren der Landwirtschaft - gekennzeichnet durch industriemäßige Massentierhaltung, Großflächenwirtschaft und Chemisierung - beeinträchtigen Boden und Wasserqualität erheblich. Viele Pflanzen- und Tierarten sterben aus. Dieser unwiederbringliche Verlust beeinträchtigt die Stabilität der Ökosphäre. Die Bemühungen der politisch Verantwortlichen in der DDR um die Lösung der Umweltfragen spiegeln sich in gesetzlichen Bestimmungen wider (7), aber diese erreichen oft nur nachträgliche Korrekturen und lokale Schadensbegrenzungen. Außerdem haben zu viele Ausnahmeregelungen und unzureichende Kontrolle die positiven Zielsetzungen dieser Gesetze zum Teil wieder auf. Durch die Geheimhaltung der Umweltdaten und -probleme wird eine Beurteilung durch die Bevölkerung behindert und die real bestehende Gefahr nicht erkennbar (vgl. 12 - Information - 2).

### 1.4. Schlußfolgerungen

- (9) Die oben genannte Hauptaufgabe besteht in der Erhöhung sowohl des materiellen als auch des kulturellen Lebensniveaus des Volkes und dazu gehört eine gesunde Umwelt. Die in der DDR vorhandenen ökologischen Schäden erfordern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt auf die Einheit von Mensch und Umwelt auszurichten, wofür der materielle Reichtum der Gesellschaft die Möglichkeit bietet (8).
- (10) Aus diesem Grund müssen bei Planung, Produktion und Konsumtion ökologische Kriterien angewandt werden. Aber nur ein Teil dieser Kriterien ist quantitativ erfaßbar und damit in ökonomischen Berechnungen einzubeziehen. Darüber hinaus gibt es quantitativ nicht erfassbare Werte, die jedoch für die Erhaltung der Ökosphäre und die Lebensqualität der Menschen von Bedeutung sind. Es muß eine Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik erreicht werden, die verantwortbar ist vor den Bürgern unseres Landes, unseren Nachbarvölkern und den nachfolgenden Generationen.
- die Produktion muß ökologisch verantwortbar gestaltet werden. Da sie in der DDR staatlich geleitet und kontrolliert wird, ergeben sich dadurch Anforderungen an die politisch Verantwortlichen in der Gesellschaft (siehe Abschnitt 3).
  - Die individuelle Konsumtion liegt in der Verantwortung des Bürgers; um sie ökologisch verträglicher zu machen, ergeben

sich Forderungen für unsere persönliche Lebensgestaltung (siehe Abschnitt 2). Zu überprüfen ist die Konsumtion des gesellschaftlichen Bereiches, wo sicher Veränderungen möglich sind.

## 2. Individuelle Konsumtion und Ökologie

### 2.1. Grundaussagen

- (11) - Der einzelne Mensch kann durch seine Konsumtion und sein Verhalten am Arbeitsplatz auf die Wirtschaft Einfluß nehmen. Da die Konsumtion die Produktion mitbestimmt, ergibt sich daraus die Verantwortlichkeit jedes einzelnen. Eine Änderung im persönlichen Lebensstil kann Zeichen setzen und auch ermutigen.
- Unser christlicher Glaube überträgt uns die Verantwortung, die gesamte Natur als Schöpfung Gottes anzunehmen und sie in der Hoffnung auf die von Gott versprochene Vollendung mitzugestalten.

### 2.2. Empfehlungen zum persönlichen Verhalten (vgl. 8 - Lebensweise 5).

- (12) - Durch unsere Lebensgewohnheiten und unseren Lebensstil greifen wir in vielfältiger Weise störend in Ökosysteme ein. Dies ist nicht zu vermeiden, aber durch verantwortungsvollen Umgang mit den lebensnotwendigen Gütern zu reduzieren.
- Die Aneignung ökologischer Grundkenntnisse ist für den einzelnen notwendig, um die eigenen Möglichkeiten der Einflußnahme zu erkennen und dementsprechend zu handeln.
  - Veränderungen im Verhalten der einzelnen erfordern keine volkswirtschaftlichen Investitionen, sondern Zivilcourage und Überwindung der eigenen Trägheit. Dazu gehören der sparsame Umgang mit Wasser, Energie und allen materiellen Gütern, die Möglichkeit der Rohstoffrückführung sowie die Vermeidung der Einleitung belastender Stoffe in die Umwelt.
  - Wenn der einzelne bereit ist, umzudenken und er sich im privaten Bereich und am Arbeitsplatz entsprechend verhält, dann werden seine Forderungen zur Ökologie an den Staat und an die Wirtschaft glaubhaft. Er wird dann unpopuläre, aber ökologisch notwendige Maßnahmen mittragen können.
  - Das Nachdenken über die Berechtigung unserer materiellen Ansprüche kann zur Aufwertung vernachlässigter Werte führen, zu denen auch eine weitgehend intakte Umwelt gehört. Kommunikation, Verständnis und Kreativität können wachsen, wo materielle Konsumtion in den Hintergrund tritt.

### 2.3. Ermutigung

- (13) Angesichts der Fülle und der Verflechtung der Probleme und im Blick auf die begrenzte Einflußmöglichkeit des einzelnen auf wirtschaftliche Prozesse bleibt ein Gefühl der Ohnmacht nicht aus. Die konkreten Möglichkeiten des Wirksamwerdens erscheinen dem einzelnen oft unbedeutend oder gar zwecklos. Er stellt die Frage nach dem Sinn seines Tuns: Unser Glaube will uns Mut machen, die Spannung zwischen der großen Aufgabe und unserer kleinen Kraft durchzuhalten und nach Wegen der Vermittlung beider im politisch-öffentlichen Bereich zu suchen. Das Umdenken und das daraus erwachsende Handeln muß bei dem einzelnen beginnen, wenn es in der Gesellschaft bedeutsam werden soll.

### 3. Produktion und Ökologie

#### 3.1. Gegenwärtige Situation

- (14) Die Volkswirtschaft wird in der DDR durch staatlich festgelegte Produktionsziffern und Preiskalkulationen gesteuert, die oft von nur scheinbarer Wirtschaftlichkeit bestimmt sind. Die jährliche Planerfüllung eines Betriebes, kurzfristige Erfolge beim Angebot von Konsumgütern oder statistische Erfolgsmeldungen genügen nicht, um die gesellschaftliche Effektivität zu bestimmen. Diese muß auch die Kosten berücksichtigen, die für die Vermeidung, Minderung und Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsschäden entstehen; sie wurden bisher bei Wirtschaftlichkeitsüberlegungen vernachlässigt.
- (15) Die Bereiche der Volkswirtschaft werden in der DDR, entsprechend der sozialistischen Gesellschaftsstruktur, überwiegend durch die Staatsorgane geleitet. Deshalb können nur sie die organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen schaffen, um ökologische Belange in der Volkswirtschaft zu beachten. Die bestehenden Umweltschäden (9) erfordern von den politisch Verantwortlichen jetzt entscheidende wirtschaftliche Veränderungen, um den gesellschaftlichen Wohlstand in der DDR für die Zukunft zu sichern.

#### 3.2. Ansätze für Veränderungen

- (16) - Bei der Beurteilung der Effektivität der Produktion muß der gesamte gesellschaftliche Aufwand berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die Kosten für die von der Natur bereitgestellten Rohstoffe Luft, Wasser und Boden, die nur solange unentgeltlich zur Verfügung stehen, wie sie sich regenerieren können.
- (17) - Die Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Beachtung dieser Ergebnisse sollte verstärkt in die Volkswirtschaft eingeführt werden. Die für größere Investitionsvorhaben vorgeschriebene Prüfung ist schrittweise für alle bestehenden und geplanten Betriebe sowie für alle produzierten Güter, unter Berücksichtigung der bei der Produktion entstehenden Abprodukte bis hin zum Abbau der Güter nach ihrer Nutzung, auszudehnen.
- (18) - Die bestehenden Umweltgesetze sollten in vollem Umfang durchgesetzt werden, und weitere sind notwendig. Die Strafbemessung für die Betriebe bei Verstößen gegen diese Gesetze sollte mindestens vergleichbar ihren Aufwendungen zur Vermeidung der Verstöße sein. Der Schadensverursacher ist verantwortlich für die Beseitigung der entstandenen Schäden (Verursacherprinzip).
- (19) - Der konfliktträchtige, grenzüberschreitende Transport von Abprodukten sollte unterbunden werden (10), da die Kontrolle ihrer Zusammensetzung wirtschaftlich nicht möglich ist, eine langfristige Deponie technisch noch nicht gelöst ist und der Produzent und der Nutznießer der erzeugten Güter auch die Folgen selbst tragen sollten.
- (20) - Die Erkenntnis, daß Veränderungen notwendig sind, sollte zu wesentlichen Fortschritten in Forschung und Entwicklung führen, insbesondere in Bezug auf neue wirtschaftliche Bewertungskriterien (11). Langzeitverhalten von Ökosystemen, Veränderungen der Infrastruktur, Entwicklung abproduktarmer und abproduktfreier Technologien (12) und alternativer Energiequellen (vgl. 11 - Energie - 4.2.). Die Forschungsergebnisse sollten politisch wirksam werden.

- (21) - In der Preispolitik sind Veränderungen notwendig, um den gesellschaftlichen Aufwand für die erzeugten Güter (Grundnahrungsmittel, Wasser, Miet- und Energiepreis) widerzuspiegeln. Reale Preise für diese Güter würden im privaten und gesellschaftlichen Bereich zum sparsamen Umgang motivieren und den staatlichen Stützungsfonds entlasten. Die freiwerdenden Mittel können für umweltpolitische Maßnahmen eingesetzt werden. Mit der Einführung realer Preise sind auch Veränderungen bei den Einkommen, insbesondere der sozial schwachen Schichten in der Gesellschaft notwendig.
- (22) - In der Landwirtschaft sollten strukturelle Veränderungen dazu führen, daß dem natürlichen Kreislauf Boden - Pflanze - Tier wieder verstärkt Rechnung getragen wird. Das würde zu einer Reduzierung des Chemikalieneinsatzes, des Transport- und Energieaufwandes u. a. führen. Die industriemäßige Massentierhaltung ist Ausdruck des zerstörten Verhältnisses von Mensch und Tier. In der Tierhaltung sind technologische Lösungen zu suchen, die artgerecht sind. Den Belangen des Tierschutzes ist in der Landwirtschaft und allen anderen Bereichen des Lebens Rechnung zu tragen. Alternative Landwirtschaftsmodelle sollten in ausgewählten Betrieben erprobt werden. Auch in der kircheneigenen Landwirtschaft wären die Voraussetzungen für solche Erprobungen gegeben.
- (23) - Der grenzüberschreitende Charakter vieler ökologischer Probleme erfordert neue Rechtsprinzipien (13). Die politisch Verantwortlichen sollten den Abschluß internationaler Abkommen fördern und deren Verwirklichung sichern.

#### 4. Bitte an die Kirchen und Christen

- (24) Wir halten das verantwortliche Leben in und für Gottes Schöpfung für einen wichtigen Teil christlichen Bekennens. Wir wenden uns daher an die Kirchen und Christen unseres Landes mit der Bitte, sich diese Überlegungen und deren Schlußfolgerungen zu eigen zu machen und die Konsequenzen für ihr Verhalten als einzelne und als Gemeinschaft zu ziehen.

Wir ersuchen die Verantwortlichen der Kirchen, die Sicht dieser Vorlage in Gesprächen mit dem Staat zu vertreten.

Leitgedanke bei all unserem Tun in der Welt sollte die Forderung der Bibel sein, den Nächsten zu lieben wie sich selbst. Der Nächste hat aber nicht nur eine lokale, sondern auch eine globale und eine oft vernachlässigte temporale Dimension. Diese Dimensionen gelten zwar zuerst für den humanen Bereich, sie schließen aber zugleich die gesamte Biosphäre ein. Der Mensch und die Welt, in der er steht, können sowohl in der Schöpfungs- als auch in der Erlösungslehre nicht voneinander getrennt werden.

Anmerkungen

- (1) Unsere gemeinsame Zukunft - Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht), Greven 1987
- (2) Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971; S. 38
- (3) Schieferdecker, "Auffassungen zur gegenwärtigen Ökologiediskussion unter besonderer Berücksichtigung geoökologischer Aspekte", Nachrichten Mensch-Umwelt 1983, Heft 3
- (4) Brundtland-Bericht S. 18
- (5) Brundtland-Bericht S. 5
- (6) Stat. Jahrbuch der DDR, 1988
- (7) Verfassung der DDR, Art. 15 und Landeskulturgesetz der DDR mit den Durchführungsbestimmungen als Beispiel
- (8) A. Bauer, "Probleme der Naturaneignung", Dt. Zeitschrift f. Philosophie 30. Jahrgang (1982) Heft 11 S. 1323-1333
- (9) Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages: "Die Folgen des Weltrüstens für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit", Neues Deutschland vom 18. 7. 1988 S. 2
- (10) W. Soyinka (Nigeria) auf dem Internationalen Treffen für kernwaffenfreie Zonen in Berlin 1988, Neues Deutschland vom 21. 6. 1988, S. 6
- (11) H. Motteck "Umweltschutz ökonomisch betrachtet" in: Im Mittelpunkt steht der Mensch. - Umweltgestaltung - Umweltschutz, Berlin 1975
- (12) W. Lausch, "Abproduktarme, - freie Technologie-Strategie zur Nutzung, Gestaltung und zum Schutz der Umwelt". in: Nachrichten Mensch-Umwelt, 1987, Heft 1-2, S. 2
- (13) Brundtland-Bericht S. 387

## 11 - Energie für die Zukunft

### 1. Energie und Leben

- (1) Leben braucht Energie. Die Entwicklung der menschlichen Zivilisation war bisher mit der Nutzung immer größerer Energiemengen und der Erschließung immer neuer Energiequellen verbunden. Der Einsatz von Energie hat dem Menschen immer größere Machtmittel in die Hand gegeben und seine Herrschaft in der Natur erst ermöglicht.

In den reichen Industrieländern dient die Energieversorgung längst nicht mehr nur der Sicherung der Lebensgrundlagen. Für uns hat das wachsende Energieangebot zu immer mehr Bequemlichkeiten, zu steigendem Wohlstand und zur Sorglosigkeit im Umgang mit Energie geführt. Für die Mehrheit der Menschen in der Zwei-Drittel-Welt fehlt dagegen heute Energie zur Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse.

- (2) Nutzung von Energie ist unvermeidlich mit Belastungen für Mensch und Umwelt verbunden. Hoher Energieverbrauch hat einen hohen Preis: Leben wird zunehmend gefährdet und geschädigt. Viele zerstörerische Entwicklungen haben ihre Ursache in unserem Umgang mit Energie. Wir stehen vor der Aufgabe, uns an der Suche nach lebensdienlichen Möglichkeiten für die Gewinnung und Nutzung von Energie zu beteiligen.

### 2. Umgang mit Energie: Situation und Probleme

#### 2.1. Weltweite Fragen

- (3) Der beispiellos hohe Energieverbrauch in den Industriestaaten und die Energie-Not in der Zwei-Drittel-Welt führen zu regionalen und globalen Problemen. Leistungsfähige Großtechnik, verbunden mit Unfallrisiken und oft hohen grenzüberschreitenden Schadstoffbelastungen kennzeichnen die Situation in den hochindustrialisierten Gebieten. Der akute Energiemangel in den unterentwickelten Ländern und die oft sehr einfache, wenig effiziente Verbrennung von Holz und Dung tragen zur Versteppung und anderen Problemen bei. Die weltweite Waldvernichtung und die Verbrennung fossiler Rohstoffe führen zu bedrohlichen Veränderungen in der Erdatmosphäre. Technologien und Strategien zur Befriedigung des Energiebedarfs wurden bisher nur aus der Interessenlage der Industrieländer entwickelt, Gesichtspunkte wie ihre Verträglichkeit für Mensch und Umwelt und die Verwendbarkeit in den unterentwickelten Ländern spielten kaum eine Rolle.

#### 2.2. Energie in unserer Gesellschaft

- (4) Wir in der DDR haben nach den USA und Kanada unter den führenden Industriestaaten der Welt den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Primärenergieträgern (1). Gründe dafür liegen in der heutigen Energieträgerstruktur, im hohen Anteil energieintensiver Industriezweige, in der Überalterung von Anlagen und Geräten und im verschwenderischen Umgang mit Energie in Haushalten und Wirtschaft. Der Vergleich mit dem internationalen Entwicklungsstand zeigt, daß das durch Maßnahmen zur Energieeinsparung und rationellen Energieanwendung erschließbare Potential bei uns besonders groß ist.

Es wird durch die derzeitigen Bemühungen längst nicht ausgeschöpft. In den Prognosen für die nächsten Jahrzehnte wird aus der direkten Kopplung von Wirtschaftswachstum und Energieeinsatz eine ständige Steigerung des Energieverbrauchs abgeleitet (2).

- (5) Einheimische Braunkohle soll auch in den nächsten Jahrzehnten unser Hauptenergieträger sein (3). Der Braunkohlen-Tagebau nimmt Menschen die Heimat, zerstört Landschaft, Kultur und soziale Strukturen. Weil Anlagen zur Rauchgasreinigung nicht vorhanden, wenig wirksam oder ungenutzt sind, kommt es in der DDR zu einer hohen Luftbelastung, insbesondere durch Staub, Schwefeldioxid und Stickoxide. Beim Ausstoß von Schwefeldioxid steht unser Land bezogen auf die Bevölkerungszahl an der Spitze der Industrieländer (4). Waldsterben, gesundheitliche Schäden und die Zerstörung von Bausubstanz sind die deutlichsten Auswirkungen.
- (6) Zunehmend soll Kernenergie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme eingesetzt werden. Auch ihre Nutzung wirft schwerwiegende Probleme auf. Wie in anderen Uran-Förderländern werden auch in der DDR die Folgen des Abbaus und der Aufbereitung von Uranerz nicht beherrscht (5). Uns beunruhigt die unvermeidliche Freisetzung von radioaktiven Substanzen aus Anlagen der Kernenergetik (vom Erzabbau über Aufbereitung und Reaktorbetrieb bis zur Wiederaufarbeitung). Ein schwerer Unfall ist auch für unsere Kernkraftwerke nicht auszuschließen und würde unserem Land ökologisch, sozial und ökonomisch schwerste Schäden zufügen. Die sichere Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen über Zehntausende von Jahren ist weltweit nicht gelöst. Kernkraftwerke, Wiederaufarbeitungsanlagen und Endlager für atomaren Müll können nicht vor der Zerstörung durch Terroranschläge oder Krieg geschützt werden.
- (7) Der Energiegewinnung aus lokalen und regenerativen (= erneuerbaren) Energiequellen wird in Prognosen für unser Land kaum eine Bedeutung beigemessen. Gründe dafür sind die einseitige Betrachtungsweise aus der Sicht einer zentralisierten und großtechnischen Energieversorgung sowie die Ausrichtung auf die Elektroenergie.
- (8) Der private Verbrauch von Energie hat in der DDR die höchsten Zuwachsraten. Diese Energie wird nur unvollständig erfaßt und oft pauschal berechnet. Für private Verbraucher und auch für unsere Kirchengemeinden sind die Preise subventioniert. Das Fehlen klarer Informationen über die Folgen unseres verschwenderischen Umgangs mit Energie erschwert zusätzlich die Herausbildung eines angemessenen Problembewußtseins.

### 3. Energie und Verantwortung

- (9) Wir machen uns schuldig, indem wir verschwenderisch mit den uns anvertrauten Energievorräten umgehen, die Existenz von Natur und Mensch gefährden und die Opfer unseres Handelns nicht sehen. Die große räumliche und zeitliche Reichweite der Folgen unseres unangemessenen Energieverbrauchs erfordert eine Ausweitung der bisherigen Vorstellungen von Verantwortung. Verantwortung muß soweit reichen wie die Wirkungen der eingesetzten Mittel. Sie gilt gegenüber den Menschen in unserem Land genauso wie gegenüber unseren Nachbarn, auch denen in der Zwei-Drittel-Welt. Sie gilt gegenüber den heute

Lebenden wie auch für kommende Generationen. Und sie erstreckt sich nicht nur auf das menschliche Leben, sie hat die gesamte Schöpfung im Blick. Wir sehen die Schwierigkeiten unserer Energiepolitiker und ihr Bemühen, der auf ihnen lastenden Verantwortung gerecht zu werden. Für die Suche nach dem lebensdienlichen Maß im Umgang mit Energie sind auch wir verantwortlich, auch wir müssen nach Auswegen suchen und erste Schritte gehen.

#### 4. Orientierungen und erste Schritte

##### 4.1. Unsere gemeinsame Zukunft

- (10) Kein Land und keine Generation kann eine Energieversorgung gestalten, ohne die weltweite Situation zu berücksichtigen. Der Energieverbrauch der unterentwickelten Länder muß in den nächsten Jahrzehnten deutlich steigen. Der absolute Verbrauch an Primärenergie kann und muß in den Industrieländern in diesem Zeitraum spürbar vermindert werden. Dies muß nicht zwangsläufig zu einem Verlust an Lebensqualität führen.

Die globale Orientierung sollte für die nächsten Jahrzehnte ausgerichtet werden auf die rationelle Nutzung aller Energieträger, den langfristigen Rückgang der Nutzung fossiler Energieträger und die rasche Erschließung des im globalen Maßstab beträchtlichen Potentials regenerativer Energiequellen (6). Die Orientierung auf Kernenergie ist wegen ihrer ökologischen und sozialen Auswirkungen und in einer von militärischen Konflikten und Terrorismus gekennzeichneten Welt keine verantwortbare Grundlage für die zukünftige Energieversorgung.

Die regionale Zusammenarbeit, aber auch eine Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Partnern in der Zwei-Drittel-Welt sollte gezielt angestrebt werden. Sie könnte Wege ebnen zu mehr Gerechtigkeit und einer gemeinsam verantworteten Zukunft. Es bedarf dazu großer technischer, finanzieller und politischer Anstrengungen.

##### 4.2. Überlegungen für unsere Gesellschaft

- (11) Wir müssen in unserer Gesellschaft die angestrebte Lebensweise, ihre Qualität und ihre zentralen Werte diskutieren, um so Bewertungsmaßstäbe für die Auswahl und den Einsatz der notwendigen Mittel zu finden. Wir benötigen als Grundlage für eine Energiestrategie weit über den Horizont eines Fünf-Jahr-Plans hinausreichende Vorstellungen über die Ziele unserer Entwicklung. Wir müssen uns wegen der begrenzten ökonomischen Möglichkeiten jetzt darüber verständigen, welchen Weg wir gehen wollen und welche Prioritäten sich daraus ableiten.
- (12) - Einsparung von Energie ist in den nächsten Jahrzehnten unsere wichtigste, billigste und umweltfreundlichste Energiequelle. Konkrete Möglichkeiten dafür sind u. a. der Abbau von Energieverschwendung, die grundlegende technische Modernisierung und eine bessere Wärmedämmung. Darüber hinaus ist ein Wandel in der Industriestruktur hin zu weniger energieintensiven Bereichen unverzichtbar.
- (13) - Bei der Braunkohlennutzung kann in der DDR durch die Modernisierung und den Neubau von Kraftwerken sowie durch die gekoppelte Erzeugung von Strom und Fernwärme in Heizkraftwerken Energie in großem Umfang eingespart werden. Gleichzeitig müssen umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Minderung der Umweltbelastung schneller und konsequenter durchgesetzt werden.

- (14) - Kernenergie darf nicht Grundlage unserer zukünftigen Energieversorgung sein. Wir halten energische Bemühungen um den Ausstieg aus dieser Technik für unumgänglich. Je länger man an der Orientierung auf Kernenergie festhält, desto schwerer wird es, die Mittel zur Erschließung von regenerativen Energiequellen aufzubringen.
- (15) - Regenerative Energiequellen können auch für unser Land beträchtlich an Bedeutung gewinnen durch den gezielten Ausbau des Forschungs- und Entwicklungspotentials, die flexible und vorwiegend dezentrale Nutzung der verschiedenen Quellen (Erdwärme, Kleinwasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Wind) und die Beteiligung an der internationalen Erschließung und gemeinsamen Nutzung des Potentials regenerativer Energiequellen im globalen Maßstab. Die Hoffnung auf die kontrollierte Kernfusion als unversiegbare Energiequelle scheint uns nicht gerechtfertigt (prinzipielle und technische Realisierbarkeit, Wirtschaftlichkeit, ökologische Gefährdungen).
- (16) - Die Möglichkeiten und Erfolge einer Neuorientierung der Energiepolitik hängen auch von einem Wandel im Bewußtsein und Verhalten der Verbraucher ab (vgl. 8 - Lebensweise). Wir brauchen das Gespräch untereinander, aber auch mit Fachleuten und Politikern. Dabei sollte auch die derzeitige Einkommens-, Preis- und Subventionspolitik mit dem Ziel überdacht werden, neue Verhaltensweisen der Verbraucher zu stimulieren. Jeder muß lernen und begreifen können, welche weitreichende Folgen unser Umgang mit Energie hat. Wir müssen uns um Sachkenntnis bemühen, um die Situation beurteilen zu können. Das wird es uns erleichtern, selbst vernünftig zu handeln und auch unpopuläre Entscheidungen zu verstehen und mitzutragen. Informationen dürfen nicht zurückgehalten, Risiken und Schäden nicht verharmlost, Angst und Leid nicht verdrängt werden (vgl. 12 - Information).
- (17) 5. Umkehr fängt auch bei uns an

Wir sind in unserem Drängen nur glaubwürdig, wenn wir nicht nur Forderungen an andere richten, sondern selbst beginnen, nach unseren Einsichten zu handeln. So könnten wir auch verantwortlichen Politikern die Entscheidung erleichtern, neue Wege zu gehen. Jeder Einzelne muß im privaten Bereich, wie auch an seinem Arbeitsplatz verantwortlicher mit Energie umgehen. Auch in unseren Kirchen und Gemeinden muß sparsam mit Energie gewirtschaftet werden, müssen zukunftsweisende Projekte im eigenen Bereich unterstützt und die Bewußtseinsbildung zu diesen Fragen gefördert werden.

#### Literatur

- (1) United Nations, Energy Statistics Yearbook, New York 1987
- (2) Gerisch, G.: Kernenergie 31 (1988) S. 81-88
- (3) Mitzinger, W.: Energietechnik 37 (1987) S. 121 - 128
- (4) Alcamo, J. u. a.: AMBIO 16 (1987) 5 S. 232 - 245
- (5) Ettenhuber, E.: Kernenergie 23 (1980) S. 290 - 296
- (6) Unsere gemeinsame Zukunft - Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht, Greven 1987 (S. 17/18 u. 190 - 203))

## 12 - Der Wert von Informationen für Umweltbewußtsein und -engagement

### 1. Zusammenhänge

- (1) Überall, wo es um gemeinsame Angelegenheiten in einer Gesellschaft geht, ist ein freimütiger und ehrlicher Meinungsaustausch notwendig. Um diesen Meinungsaustausch durchführen zu können, sind Informationen unabdingbar. Es fehlt in der DDR eine Öffentlichkeit, in der die Probleme der Gesellschaft von Politikern, Fachleuten und Betroffenen ehrlich besprochen werden können (vgl. 3 - Gerechtigkeit in DDR).

Dieses Defizit wird auch im Bereich der Informationen über Umweltprobleme unseres Landes deutlich. Dadurch wird die Bildung eines Umweltbewußtseins in allen Bereichen der Gesellschaft stark behindert. Umweltbewußtsein beinhaltet die Anerkennung der natürlichen Umwelt als einen Bereich, für den wir verantwortlich sind. Es begreift den Zusammenhang zwischen individuellen bzw. gesellschaftlichem Tun und dessen Folgen für die Umwelt, besonders auch im Blick auf die folgenden Generationen.

- (2) Voraussetzungen für die Entwicklung eines hohen Umweltbewußtseins und -engagements ist eine verstärkte und verbesserte Wissensvermittlung in allen gesellschaftlichen Bereichen und Bildungsstätten. Neben einer theoretischen Vermittlung von Naturkenntnissen, bei der auch die Zusammenhänge zwischen Ökologie und Ökonomie (vgl. 10 - Ökologie/Ökonomie) und die Folgen unserer Lebensweise eine Rolle spielen müssen, ist eine erlebnisorientierte und sinnliche Wahrnehmung der Natur dringend notwendig. Dies ist nötig, weil immer weniger Menschen unmittelbaren und häufigen Naturkontakt haben.

Umweltbewußtsein und -engagement wachsen nur, wenn die Öffentlichkeit ausreichend und solide über ökologische Fragen informiert wird.

Dazu gehören Informationen über:

- akute ökologische Probleme, über die Höhe der Belastung und den Stand der fortschreitenden Umweltzerstörung in unserer unmittelbaren Umgebung und weltweit,
- Möglichkeiten und Maßnahmen zur Beseitigung oder Verringerung von Umweltbelastungen und die dabei auftretenden Probleme,
- positive Erfahrungen und Beispiele der Problembewältigung bei uns und in anderen Ländern.

### 2. Argumente für Offenheit

- (3) Umweltprobleme werden gegenwärtig in der DDR noch vielfach vor der Öffentlichkeit verschwiegen oder verharmlost.

- Eine offene Darlegung der Umweltsituation würde mehr Klarheit und Verständnis bringen. Weil sie ein Ausdruck von Ehr-

lichkeit wäre, würde sie die Achtung vor dem Staat langfristig eher vergrößern als verkleinern - auch wenn diese Offenlegung wenig Erfreuliches zu Tage fördern würde.

- Informationen über kritische Umweltzustände in der DDR gelangen häufig nur durch westliche Medien zu uns. Das ist unbefriedigend. Es wirkt destruktiv und lähmend.
- Vorenthaltene Informationen schaffen erst diejenige Unmündigkeit, die den Bürger unfähig macht, mit Informationen verantwortlich umzugehen.
- Verschweigen fördert dumpfe Ahnungen und Gerüchte. Das führt zu Angst und Apathie. Ehrliche Informationen hingegen fördern Sachkundigkeit, Engagiertheit, Übernahme von Verantwortung und Verständnis für herangereifte Entscheidungen.
- Auch über eigentlich notwendige und mögliche, aber derzeit nicht realisierbare Maßnahmen sollte informiert werden. Denn auf Dauer macht die Informiertheit große Maßnahmen besser möglich. Sie erleichtert eine Bedürfnisverlagerung und somit schließlich auch eine Mittelverlagerung für Umweltschutzinvestitionen. Durch Mitarbeit und Mitregieren aller können bis dahin unbekannte Wege für technologische und ökonomische Lösungen gefunden werden.

### 3. Erfordernisse

#### 3.1. Für den Einzelnen

- (4) Es ist die Aufgabe des Einzelnen, sich um Informationen zu bemühen, sie - soweit möglich - zu überprüfen, eigene Konsequenzen daraus zu ziehen und sie verantwortlich weiterzugeben. Wenn gesellschaftliche Angebote für Information und Engagement existieren, sollten Interessierte sie prüfen, bekanntmachen und gegebenenfalls entsprechende gesellschaftliche Funktionen übernehmen, selbst wenn die Handlungsspielräume in ihnen zunächst klein sind. Anfragen und Eingaben bei Dienststellen, Einrichtungen und Betrieben sind eine weitere Möglichkeit, Informationen zu gewinnen. Auch im persönlichen Lebensstil ist ein verantwortungsvoller und lebensdienlicher Umgang mit der Natur und den materiellen Gütern notwendig (vgl. 8 - Lebensweise).

Durch diese praktische Vorbildwirkung kann besonders gut informiert und zur Ausprägung eines breiten Umweltbewusstseins in der Gesellschaft beigetragen werden. Der Einzelne hat ferner die Aufgabe und Chance, die Natur erlebnisorientiert, ursprünglich und vom Gefühl mitbestimmt wahrzunehmen. Besonders Kindern sollte die Möglichkeit gegeben werden, auf diese Art und Weise die Natur zu erleben.

#### 3.2. Für die Kirchen, Gemeinden und Gruppen

- (5) Die Weitergabe von Umweltinformationen ist auch legitime Aufgabe der Kirchen. Christliche Umweltverantwortung ist Diakonie an der leidenden Schöpfung und so, wie medizinisch-diakonisches Handeln Sachkunde erfordert, so auch ökologisch-diakonischer Einsatz. Diese Sachkunde kann auch im kirchlichen Raum vermittelt werden. Ebenso sind eigenständige Forschungen im Umweltbereich (z. B. im Rahmen der kirchlichen Land- und Forstwirtschaft)

möglich. Gegenwärtig stehen die Kirchen sogar noch vor einer zusätzlichen Aufgabe. Sie müssen durch ihr informierendes Handeln helfen, daß in der Gesellschaft bestehende Defizit an Umweltbewußtsein abzutragen. Besonders notwendig ist:

- die Vermittlung von Grundkenntnissen im Umweltbereich und deren Verknüpfung mit der Verkündigung des Glaubens in der kirchlichen Aus- und Weiterbildung
  - die Einbeziehung solcher Grundkenntnisse in die christliche Unterweisung
  - die Erweiterung des Kirchlichen Forschungsheimes in Wittenberg zu einem für alle Kirchen offenen Umweltinformationszentrum, sowie dessen ökumenische Unterstützung
  - die Einsetzung von hauptamtlichen bzw. ehrenamtlichen Umweltbeauftragten, bei Berücksichtigung der jeweiligen Strukturen und Möglichkeiten der verschiedenen Kirchen.
- (6) Wir bitten die Kirchenleitungen, sich diese Aufgabe zu eigen zu machen. Darüber hinaus sollte die Problematik der grenzüberschreitenden Schädigung der Umwelt in den grenzüberschreitenden Dialog der Kirchen einbezogen werden.

Notwendig für Gemeinden und Gruppen ist:

- eine sach- und themenorientierte Arbeit der Umweltgruppen und deren Anerkennung in den Gemeinden
- ein verbesserter Informationsfluß zwischen diesen Gruppen und den Gemeinden (z. B. durch ökumenische Gemeindegemeinschaften, Umweltbibliotheken u. ä.).

Außerdem kann die kirchliche Presse durch eine verstärkte Aufarbeitung von Umweltthemen zu Information und Bewußtseinsbildung der Gemeinden beitragen.

### 3.3. Für die Gesellschaft

- (7) Dringend erforderlich ist eine ausreichende, sachgerechte und ungeschminkte Information über ökologische Zusammenhänge und Probleme in der DDR. Informationen müssen wissenschaftlich begründet und allgemein verständlich sein sowie Zusammenhänge aufdecken. Sie müssen rechtzeitig erfolgen und leicht zugänglich sein. Die Information der Bevölkerung ist ebenso notwendig wie die der Fachleute. Erforderlich für unser Land sind gegenwärtig:
- Mitteilungen über aktuelle Gefahrensituationen (z. B. durch ein Smogalarmsystem),
  - Offenlegung der Pläne zur Evakuierung der Bevölkerung für den Fall einer Havarie in großtechnischen Anlagen,
  - eine umfassende Bestandsaufnahme der ökologischen Gesamtsituation in der DDR als Grundlage für Bewußtseinsbildung und politische Entscheidungsfindung,
  - Einbeziehung der Betroffenen in Entscheidungen über umweltbeeinflussende Maßnahmen (z. B. öffentliche Diskussion über

Einrichtung von Deponien),

- Einführung der Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung von umweltrelevanten Entscheidungen,
- intensivere und handlungsorientierte Umwelterziehung und -bildung,
- Information über ökologisch bedeutsame Forschungs- und Entwicklungsergebnisse.

(8) Wir bitten die Kirchenleitungen in ihren Gesprächen mit der Regierung sich für die Realisierung dieser Vorschläge einzusetzen. Gleichzeitig bitten wir, sich dafür einzusetzen, daß Geheimhaltungsbestimmungen und Vertuschungspraktiken, die eine öffentliche Diskussion verhindern, aufgehoben werden. Das gilt auch für die übertriebene Schweigepflicht für Fachleute.

(9) Von den gesellschaftlichen Organisationen, den Parteien, den Politikern und den Mitarbeitern des Staatsapparates, von der Volksbildung, dem Hochschulwesen, dem Gesundheitswesen, den Autoren und Verlagen, den Künstlern und Kulturzentren, dem Kulturbund, der Urania, den Massenmedien, den Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft ist zu erwarten, daß sie ihre Verantwortung wahrnehmen und Umweltinformationen stärker und besser weitergeben.

#### 4. Voraussetzungen für Engagement

(10) Information allein verändert das Bewußtsein und das Handeln nicht. Häufig werden sogar eindeutige Informationen von den Empfängern verharmlost und verdrängt. Damit Informiertheit zur Engagement führt, müssen verschiedene Voraussetzungen gegeben sein. Dazu gehören:

- Verdeutlichung des staatlichen Interesses durch verstärkte Investitionen im Umweltbereich,
- öffentliche und strenge Ahndung von Umweltvergehen,
- spürbare gesellschaftliche Anerkennung des Umweltengagements der Bürger,
- vielfältige Angebote und Organisationen hierfür.

(11) Besonders wichtig sind die Initiativen und Experimente von Umweltgruppen. Solche Gruppen stärken die Motivation und den Mut der Einzelengagierten und können Impuls für ihr gesellschaftliches Umfeld geben. Für Änderungen des Lebensstils (vgl. 8 - Lebensweise) müssen neben der persönlichen Bereitschaft auch materielle Grundvoraussetzungen gegeben sein (z. B. ein ausreichendes öffentliches Nahverkehrssystem, umweltfreundliche Haushaltschemikalien, vegetarisches Nahrungsmittelangebot ...).

(12) Als Christen glauben wir, daß unsere natürliche Umwelt Gottes Schöpfungsgabe ist und deshalb ihre Bewahrung eine Aufgabe für jeden Christen darstellt. Unser Glaube gibt uns Kraft und ermutigt uns zum Einsatz für die Schöpfung. Wir sehen die wachsende Kluft zwischen der uns zur Nutzung übergebenen guten Schöpfung Gottes und dem sich ständig verschlechternden Umweltzustand. Aber weil wir das Reich Gottes erwarten, sind auch aussichtslose Situationen nicht hoffnungslos. Von daher brauchen wir

trotz erfahrener Ergebnislosigkeit unser Tun nicht aufzugeben. Die Sicht der Welt als Schöpfung schließt ein, die Geschöpfe nicht nur mit dem Verstand wahrzunehmen, sondern auch ein Verhältnis von Herzen zu ihnen zu haben. Information über Umweltfragen in der Verantwortung der Kirchen muß immer ethisch, emotional und existentiell begleitet sein. Christen müssen also auch über das Wunder des Daseins, über den Selbstwert alles Geschaffenen unabhängig von seinem Nutzwert, über die Würde selbst der "geringsten" Geschöpfe, über die Schönheit der Lebensformen reden. Sie sollten dies nicht nur mit prosaischen Worten, sondern auch im Lied, in der Liturgie, meditativ, erlebnisorientiert und in symbolischen Handlungen tun. Nur eine solche ganzheitliche Informationsvermittlung wird das Umweltbewußtsein bilden helfen, mit dem wir in der Umweltkrise bestehen und standhaft handeln können.

### Beschluß zur Weiterarbeit

Das Mandat der Ökumenischen Versammlung endet mit der 3. Vollversammlung. Die Weiterarbeit an den Themen, denen sich die Ökumenische Versammlung gestellt hat, ist notwendig. Deshalb beschließt die Ökumenische Versammlung am Ende ihrer 3. Vollversammlung:

1. Die Ökumenische Versammlung bittet die Kirchen, die Ergebnisse entgegenzunehmen, sie gemäß Ziffer 2.3. der Grundregelung jeweils für ihren Bereich in Kraft zu setzen und Personen oder Gruppen mit der Koordination und Weiterführung des konziliaren Prozesses zu beauftragen.
2. Die Delegierten der Ökumenischen Versammlung nehmen sich vor, das Anliegen des ökumenischen Prozesses weiter zu vertreten und um Sachfragen zu erweitern (z. B. die Stellung der Frau in der Geschichte und Gegenwart unserer Kirchen), die bisher nicht genügend Berücksichtigung gefunden haben.
3. Die Mitgliederkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen hat auf Anregung des Präsidiums der Ökumenischen Versammlung eine Konsultativgruppe für die Begleitung der Arbeit zu den Themen der Ökumenischen Versammlung gebildet. Die Ökumenische Versammlung begrüßt dies. Sie nominiert 6 Vertreter der Ökumenischen Versammlung und bittet die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, mit diesen Vertretern, vorbehaltlich der Zustimmung der Kirchen, aus denen sie kommen, und den Mitgliedern des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen gemeinsam die Konsultativgruppe zu bilden. Die Ökumenische Versammlung benennt 5 Stellvertreter und bittet die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, diese gegebenenfalls als Stellvertreter oder Nachfolger einzusetzen.
4. Die Ökumenische Versammlung sieht folgende Aufgaben, die die Konsultativgruppe wahrnehmen sollte:
  - Die Umsetzung des Anliegens der Ökumenischen Versammlung konstruktiv begleiten,
  - Initiativen zusammenführen,
  - Regionale ökumenische Versammlungen und thematisch orientierte Konferenzen anregen und begleiten,
  - dafür sorgen, daß in spätestens 5 Jahren eine weitere Ökumenische Versammlung durchgeführt wird.
5. Die Ökumenische Versammlung bittet die Konsultativgruppe, die von der Ökumenischen Versammlung eingesetzte Arbeitsgruppe zur Umsetzung in den Gemeinden in ihrer Arbeit zu fördern und zu begleiten.
6. Die Ökumenische Versammlung bittet die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, die personellen und materiellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese Aufgaben wahrgenommen werden können.

Die Teilnehmer der Ökumenischen Versammlung

Die Delegierten der Ökumenischen Versammlung kamen aus folgenden Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften:

	entsendete Delegierte
Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen	4
Bund der Evangelischen Kirchen	7
Evangelische Landeskirche Anhalts	4
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg	12
Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebiets	5
Evangelische Landeskirche Greifswald	6
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs	7
Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsens	12
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens	17
Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen	10
Evangelische Brüderunität	3
Evangelisch-methodistische Kirche	6
Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden	8
Kirchenbund evangelisch-reformierter Gemeinden	3
Gemeindeverband der Altkatholischen Kirche	2
Mennonitengemeinde	1
Römisch-Katholische Kirche	26
Mitteuropäisches Exarchat der Russischen Orthodoxen Kirche	3
Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten	4
Religiöse Gesellschaft der Freunde	4
Apostelamt Jesu Christi	2
	<hr/>
	146
	<hr/>

27 Beraterinnen und Berater aus den Kirchen wurden durch die Ökumenische Versammlung zur Mitarbeit berufen.

An den 3 Vollversammlungen nahmen ökumenische Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland, der CSSR, Indonesien, Japan, Niederlande, Polen, Schweden, Schweiz, Ungarn, USA, Vatikanstadt und der DDR teil.

Materialangebot zu einzelnen Themen

Zu 2.2 - Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern

- "Nah und Fern", Ein Material- und Informationsdienst zur Ausländerseelsorge vom ÖMZ/BM, zu bestellen bei Ökumenisch-Missionarisches Zentrum / Berliner Mission (ÖMZ/BM), Georgenkirchstraße 70, Berlin 1017, viertel jährliche Herausgabe
- Anregungen für die Gemeinde zu solidarischem Leben mit Ausländerinnen und Ausländern (wird von der Arbeitsgruppe erstellt; zu erfragen über ÖMZ/BM, s. o.)

Zu 5 - Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung

Informationsmaterial zu Beratungsmöglichkeiten für Wehrpflichtige in den Kirchen der DDR (zusammengestellt von der Arbeitsgruppe, zu erfragen bei den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften)

Zu 8 - Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung

Ein ausgewähltes Literaturverzeichnis zur Thematik und mit Hinweisen auf verfügbare Texte mit ausführlicheren und detaillierteren Handlungsvorschlägen ist beim Kirchlichen Forschungsheim (KFH) Wittenberg, Mittelstr. 33, Wittenberg 4600, bestellbar.

Zu 11 - Energie und Leben

Ausgewählte Materialien sind beim Ökologischen Arbeitskreis der Dresdener Kirchenbezirke, Caspar-David-Friedrich-Str. 5, Dresden 8020, zur Ausleihe bestellbar.

## Chronik der Ökumenischen Versammlung

13. 2. 1986 Der Stadtökumenekreis Dresden bittet die Kirchen im Gebiet der DDR, im Vorfeld der europäischen Versammlung und einer Weltkonvokation eine ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzuberufen.
25. 2. 1987 Die Mitgliederkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR nimmt den Vorschlag des Stadtökumenekreises auf und lädt die Kirchen zu einer ökumenischen Versammlung und zu ihrer gemeinsamen Vorbereitung ein.
24. 6. 1987 Die Vorbereitungsgruppe beginnt ihre Arbeit, nachdem 18 Kirchen und kirchliche Gemeinschaften die Einladung zur Ökumenischen Versammlung angenommen haben.
- Okt. 1987 Mit dem Aufruf "Eine Hoffnung lernt gehen" wendet sich die Vorbereitungsgruppe an die Gemeinden, sich mit Vorschlägen an der Vorbereitung der Ökumenischen Versammlung zu beteiligen.
1. 12. 1987 Die Berliner Bischofskonferenz beschließt die Teilnahme der Römisch-Katholischen Kirche an der Ökumenischen Versammlung durch ihr offizielles Organ "Justitia et Pax".
- Jan. 1988 Bis Ende Januar gehen ca. 10 000 Vorschläge zu den Themenschwerpunkten Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung von einzelnen, Gruppen und Gemeinden beim Dresdner Sekretariat der Ökumenischen Versammlung ein.
- Dez.-Jan.  
87/88 Drei Arbeitsgruppen stellen zur inhaltlichen Vorbereitung Aussagen der beteiligten Kirchen zu den Themenschwerpunkten zusammen und bereiten die Vorschläge aus den Gemeinden für die Behandlung in der 1. Vollversammlung vor.
- 12.-15. 2.  
1988 Die Ökumenische Versammlung tritt mit 150 Delegierten aus 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zur 1. Vollversammlung in Dresden zusammen. Nach der Eröffnung und Konstituierung (Wahl eines Präsidiums und Klärung der Verfahrensregeln) werden in öffentlicher Sitzung neun "Zeugnisse der Betroffenheit" vorgetragen. Aufgrund der bisherigen Aussagen der Kirchen und der Vorschläge aus den Gemeinden beschließt die Vollversammlung die Einsetzung von 13 Arbeitsgruppen.
- Am Abend des 13. Februar - dem Gedenktag an die Zerstörung Dresdens - verbinden sich die Teilnehmer der Versammlung mit den Dresdner Gemeinden zu einem Ökumenischen Friedensgottesdienst in der Kreuzkirche.

Ein Tag- und Nachtgebet in der Christuskirche und ein Begegnungszentrum für interessierte Gemeindeglieder und Gruppen in der Versöhnungskirche begleiten die Arbeit der 1. Vollversammlung.

März-Sept.  
1988

Die 13 Arbeitsgruppen, in denen fast alle Delegierten sowie die Beraterinnen und Berater der ÖV mitarbeiten, erarbeiten 13 Textentwürfe für die 2. Vollversammlung. Auf vier evangelischen Kirchentagen im Juni werden die Themen des konziliaren Prozesses in vielfältiger Weise aufgegriffen, diskutiert und vertieft.

8.-11. 10.  
1988

Die Ökumenische Versammlung tritt in den Räumen der evangelischen Domgemeinde und der katholischen Propstei zu ihrer 2. Vollversammlung in Magdeburg zusammen. Die Arbeitsgruppen legen der Versammlung ihre Ergebnisse vor, die vom Plenum ausführlich beraten und danach von den Gruppen überarbeitet werden. Neun Textentwürfe - zwei Texte wurden vereinigt - werden abschließend zur Diskussion in den Gemeinden freigegeben, die restlichen drei Texte (3, 5, 9) sollen vor der Freigabe durch die Arbeitsgruppen überarbeitet werden.

Der ökumenische Eröffnungsgottesdienst, die Tagesgebete, das Friedensgebet der Magdeburger Gemeinden und ein Begegnungszentrum unter dem Thema "Eine Hoffnung geht lernen (!)" begleiten die Beratungen der Vollversammlung. Die Versammlung wendet sich mit einem Brief an die Gemeinden, in dem sie zur Diskussion und zu Stellungnahmen zu den vorgelegten Textentwürfen einlädt.

Okt.-Nov.  
1988

In zahlreichen Städten des Landes finden Foren statt, auf denen über die Magdeburger Versammlung berichtet und die Textentwürfe vorgestellt, erläutert und diskutiert werden. Die Textentwürfe werden in ca. 10 000 Exemplaren vervielfältigt und versandt.

12. 12.  
1988

Das Präsidium der ÖV gibt die drei überarbeiteten Textentwürfe (3, 5, 9) zur Diskussion in den Gemeinden frei.

Jan.-Febr.  
1989

Bis Ende Februar gehen ca. 1400, z. T. sehr ausführliche Stellungnahmen aus den Gemeinden, von einzelnen und Gruppen, im Dresdner Sekretariat ein.

Gleichzeitig finden zu Textentwürfen durch die Arbeitsgruppen Anhörungen von Fachleuten aus dem säkularen Bereich statt.

Febr.-März  
1989

Die Arbeitsgruppen überarbeiten aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen und geführten Gespräche die Textentwürfe für die abschließende 3. Vollversammlung.

26.-30. 4.  
1989

Die ÖV tritt zur 3. Vollversammlung in Dresden

zusammen. Nach dem Eröffnungsgottesdienst in der Kathedrale nimmt die Versammlung wiederum in den Räumen der Christuskirche ihre Beratungen auf. Zu den 12 überarbeiteten Textentwürfen liegen der Vollversammlung 802 Abänderungsanträge der Delegierten, Beraterinnen und Berater der ÖV vor. Zunächst entscheiden die Arbeitsgruppen über die Einarbeitung der Änderungen. Danach werden die Texte in zwei Lesungen vom Plenum der Versammlung beraten, und es wird über weitere Änderungen der Texte beschlossen. Am Sonntagnachmittag werden in der abschließenden Plenarberatung die 12 Ergebnistexte mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit von der Vollversammlung angenommen. Die Versammlung faßt einen Beschluß zur Weiterarbeit und nominiert sechs Vertreter der ÖV für eine von der AgCK zu bildende Konsultativgruppe, die die Rezeption und Weiterarbeit an den Themen des konziliaren Prozesses begleiten, koordinieren und inspirieren soll. Mit der Annahme eines Wortes der ÖV an die Gemeinden und eines Briefes an die Kinder beschließt die Versammlung ihre Beratungen. Ein Tag- und Nachtgebet und eine kleine Begleitgruppe, die die Tagung in Gebeten, Gesprächen und Begegnungen begleitet, sowie ein umfangreiches Begleitprogramm in vier Begegnungszentren in Dresdner Gemeindehäusern unter dem Leitgedanken "Wie geht es weiter?" umgeben die Beratungen der Vollversammlung. Der Abschlußgottesdienst in der Dresdner Kreuzkirche versammelt die Delegierten, Beraterinnen und Berater und die ökumenischen Gäste mit den Teilnehmern der Begegnungszentren und vielen Dresdnern zu einer großen, dankbaren Gemeinde. Im Gottesdienst werden die Ergebnisse der ÖV an die Vertreter der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften übergeben. Die Entgegennahme der Ergebnisse, sagt der Vorsitzende der AgCK, Kirchenpräsident Dr. Natho den Delegierten, ist "Ausdruck des Dankes für Ihre Arbeit, Ausdruck der Freude über ein Ergebnis und Ausdruck des Willens, an der Sache weiterzuarbeiten". Der Gottesdienst, in dem das Wort an die Gemeinden und das Wort an die Kinder verlesen werden und ein großes Netz als Symbol der Gemeinschaft geknüpft wird, mündet nach 9 "Zeugnissen des Engagements" in den Friedensgruß, den die Teilnehmer des Gottesdienstes als Zeichen ihrer Gemeinschaft in Christus miteinander austauschen.

- |                     |   |
|---------------------|---|
| 12.-21. Mai<br>1989 | Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN<br>GERECHTIGKEIT in Basel            |
| 6.-12. März<br>1990 | Weltkonvokation für Gerechtigkeit, Frieden und<br>Bewahrung der Schöpfung in Seoul. |



